

vom Ratsbüro genehmigt
am: 27. Mai 2003

PROTOKOLL

der **8.** Sitzung
vom Dienstag, 20. Mai 2003
17.00 - 19.15 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Ernst Spengler (SVP) Präsident 2003
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
Stimmzähler: Paul Bösch (OeBS)
Herbert Distel (CVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 45 Mitglieder
3 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: SR Veronika Heller
SR Kurt Schönberger
Theresia Derksen (CVP)
Ernst Gründler (FDP)
Mariann Keller (SP)
Christine Rebsamen (OeBS)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Hans Peter Huber (SVP)
Rainer Schmidig (EVP)
Roland Schöttle (FDP)

Entschuldigt für den Schluss der Sitzung: Herbert Distel (CVP)
Alfons Cadario (EVP)
Raphaël Rohner (FDP)
Josef Eugster (SVP)

Traktanden:

- 1. VdSR: Gaswerk Schaffhausen,
Erschliessung von Beringen mit Erdgas** Geschäft vertagt auf Sitzung v. 3. Juni 03
- 2. Interpellation Erwin Sutter:
Verkehrslenkung während der Schaffhauser Herbstmesse** Seite 280
- 3. Interpellation Iren Eichenberger:
Zürcher Manifest - ein Weg aus der Sackgasse** Seite 287
- 4. Interpellation Peter Neukomm: Partizipation von Kindern und
Jugendlichen in der kommunalen Öffentlichkeit** Seite 298

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
23.09.02	VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat	SPK
07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
21.01.03	VdSR - Projektentwicklung Areal Kiefer/Landhaus Baurechtsbedingungen	SPK
18.02.03	VdSR - Quartier- und Begegnungszentrum in Herblingen; zur Verfügungstellung einer Liegenschaft und Beitrag der Stadt an die An- und Umbaukosten	SPK
18.02.03	VdSR - Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige"	SPK
25.02.03	VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut"	SPK
25.02.03	VdSR - Gaswerk Stadt SH, Erschliessung von Beringen mit Erdgas	SPK
02.03.03	MOTION Christian Hablützel (SP) - Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken	
(04.03.03)	Ersatzwahl in den Steuerungsausschuss WoV für den Rest der Amtsdauer 2001/2004	
11.03.03	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Mitwirkung der Stadt SH an der Willensbildung des Bundes	
08.04.03	VdSR Ergänzung der städt. Taxiverordnung vom 28. Okt. 1997	GPK
29.04.03	Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde SH / Leistungsaufträge der WoV Pilotabteilungen; Jahresbericht 2002	GPK
27.04.03	INTERPELLATION VertreterInnen Kommission für Sozialbelange - Strukturelle Massnahmen in den Siedlungsgebieten Birch, Hochstrasse und Hauental	
06.05.03	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons SH	SPK
20.05.03	MOTION Esther Bänziger (SP) Familienzentrum Schaffhausen	
20.05.03	VdSR - Überführung des Tagesschulversuches in eine definitive Lösung	

Kleine Anfragen von

Theresia Derksen (CVP)	WoV Steuerungsausschuss	10.03.03	10/2003
Paul Bösch (OeBS)	Anerkennungsbeitrag an die Rudolf Steiner Schule Schaffhausen	15.03.03	11/2003
Raphaël Rohner (FDP)	Sofortmassnahmen Herrenackergestaltung 2003	15.04.03	12/2003
Iren Eichenberger (OeBS)	Jugendleitbild vermisst	5.05.03	13/2003
Rolf Amstad (SP)	Polizeipräsenz in den Quartieren der Stadt SH	19.05.03	14/2003

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**1. VdSR: Gaswerk Schaffhausen,
Erschliessung von Beringen mit Erdgas**

Das Geschäft wurde vertagt auf die Sitzung vom 3. Juni 03.

**2. Interpellation Erwin Sutter:
Verkehrslenkung während der Schaffhauser Herbstmesse**

Die Interpellation wird begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

**3. Interpellation Iren Eichenberger:
Zürcher Manifest - ein Weg aus der Sackgasse**

Die Interpellation wird begründet, von Stadtrat Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Interpellation Peter Neukomm: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der kommunalen Öffentlichkeit

Die Interpellation wird begründet und von Stadtrat Urs Hunziker beantwortet.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Ernst Spengler (SVP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

Personelles:

Christine Rebsamen (OeBS) ist vom Stadtrat als Nachfolgerin von Annina Keller für den Rest der Amtsdauer 2001/2004 als in den Grossen Stadtrat gewählt erklärt worden. Sie ist verhindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Anlässe:

Fussballspiel 2003: GrSR gegen Betriebssportgruppe Sindelfingen in Sindelfingen.

Die Mitglieder des Rates haben eine Einladung erhalten. Mögliche Termine: Samstag, 21. Juni, 28. Juni, 5. Juli.

Anmeldetalon bis 21. Mai 03 zurück an Hp. Pletscher, Stadtkanzlei.

9. SH Velotag Samstag, 24. Mai 03

Einladungen der **IG Velo SH** liegen bei Hp. Pletscher auf.

Auf den Pulten liegen auf:

- **Neues Mitgliederverzeichnis GrSR**
- **Geschäftsbericht 2002 des Stadtrates z.K.**
- **Zwischenbericht des SR vom 20. Mai zur Gesamteinführung WoV z.K.**
- **Brief des OBB A. Renner von Singen vom 19.03.03 "Atommüll-Endlager Benken führt zu grenzüberschreitendem Protest."**

Neu eingegangene Ratsgeschäfte:

**27.04.03 INTERPELLATION VertreterInnen Kommission für Sozialbelange -
Strukturelle Massnahmen in den Siedlungsgebieten Birch,
Hochstrasse und Hauental**

20.05.03 MOTION Esther Bänziger (SP) Familienzentrum Schaffhausen

Diese beiden Vorstösse werden auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**06.05.03 VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen
Sonderschulen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons SH**

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft in einer 13er SPK vorzubereiten.
Einladende Partei ist die OeBS.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SP: Susanna Freivogel, Christoph Schlatter, Urs Tanner, Esther Bänziger

FDP/CVP: Susanne Günter, Thomas Hauser, Walter Hotz, Theresia Derksen

SVP/EDU: Gertrud Walch, Hans Peter Huber, Erwin Sutter

OeBS/EVP/GB: Lotti Winzeler, Rainer Schmidig

1. Sitzungstermin: 4. Juli 2003, 17.00 Uhr

**20.05.04 VdSR - Überführung des Tagesschulversuches
in eine definitive Lösung**

Die Zuweisung dieses Geschäftes erfolgt anlässlich der nächsten Sitzung.

Neueingang Kleine Anfragen:

Rolf Amstad (SP) Polizeipräsenz in den Quartieren der Stadt SH 19.05.03 14/2003

**Beantwortet wurden vom SR mit Datum 6. bzw. 13. Mai 03 folgende Kleine
Anfragen:**

Lotti Winzeler (OeBS) Zukunftspläne und Nutzung Jugendkeller SH 2.03.03 8/2003

Peter Neukomm (SP) Entwicklung der Altersheimtaxen 21.01.03 4/2003

Peter Wullschlegler (CVP) Sozialhilfeleistungen an junge Erwachsene 15.02.03 7/2003

PROTOKOLL

Das **Ratsprotokoll Nr. 7 vom 6. Mai 03** ist vom Ratsbüro geprüft und genehmigt worden. Es liegt heute zur Einsichtnahme beim Ratssekretär auf.

Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Das Büro schlägt dem Rat vor, das 1. Geschäft - Gaswerk Stadt SH, Erschliessung von Beringen mit Erdgas - aus formellen Gründen auf die Sitzung vom 3. Juni 03 zu verschieben.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Der Ratspräsident entschuldigt sich im Namen des Büros für diesen Fauxpas.

Die Tagesordnung wird ansonsten gutgeheissen.

Traktandum 2 Interpellation Erwin Sutter: Verkehrslenkung während der Schaffhauser Herbstmesse

Erwin Sutter (EDU) Begründung *

"Die Breite ist in Schaffhausen das Zentrum für sportliche Anlässe und hat deshalb für die Stadt eine wichtige Funktion. Schwimmbad, Eisbahn, Dreifachhalle, Griesbach, Bühnplätze, Fussballstadion und Schützenstand inklusive allen damit verbundenen Anlässen haben zum Teil eine lange Tradition. Dazu kommen noch weitere attraktive Anlässe wie z.B. Zirkus, Chilbi und eben die Herbstmesse. Durch den Mix von Wohnen und Sport machen sie das Quartier aber auch attraktiv, stehen doch die Sportmöglichkeiten buchstäblich vor der Haustür. Allerdings müssen wir Breitebewohner dafür eine überdurchschnittlich hohe Verkehrsbelastung und unerwünscht hohe Lärmemissionen in Kauf nehmen. Es mag vielleicht erstaunen, aber das Fussballstadion mit seinen darauf stattfindenden Meisterschafts- oder Cupspielen gehört dabei zu den eher schwachen Belastungsfaktoren, weil die Dauer der Fussballspiele auf die 90 Minuten Spielzeit begrenzt ist, und durch den Spielrhythmus von Heim- und Auswärtsspielen auch die Frequenz nicht sehr hoch ist. Die AnwohnerInnen der KSS müssen da schon mehr ertragen, denn die Lärmbelastungen während den warmen Sommertagen von der Badi und im Winter von der Eisbahn sind da schon recht massiv. Denken Sie nur etwa an die ständig laufende Musik auf der Eisbahn. Trotz allem haben die QuartierbewohnerInnen bisher aber immer viel Toleranz gezeigt.

Nun zur Herbstmesse: in den letzten Jahren hat die Verkehrsbelastung die Grenze des Vernünftigen zunehmend überschritten. Die Autos parkierten dicht gedrängt auf der gesamten Randenstrasse inklusive den Trottoirs, und auch auf diversen Nebenstrassen. Das Verkehrsaufkommen auf der vorderen Breite ist während diesen Tagen enorm. Dies tangiert auch die Sicherheit der Schüler auf ihrem Schulweg, denn wegen den auf den Trottoirs parkierten Autos müssen sie auf ihrem Schulweg zum Teil auf die offene Strasse ausweichen. Dann hat auch das ansässige Gewerbe keine Freude, weil die Zufahrten durch die vielen parkierten Autos wie auch durch einseitige Strassensperren erschwert werden. Wenn zusätzlich noch weitere Anlässe stattfinden, wie das letztes Jahr der Fall war, wird die Kapazität des Quartiers und damit auch die Geduld vieler AnwohnerInnen überstrapaziert. So werden Stimmen immer lauter, die einen neuen Standort für die Herbstmesse fordern.

Der Stadtrat ist sich der Problematik ja schon längere Zeit bewusst. Um die Leute dazu zu bewegen, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, werden bekanntlich die Eintritte durch Billette der Verkehrsbetriebe stark verbilligt. Nur reicht diese Massnahme wider Erwarten nicht aus, und es ist für mich absolut unverständlich, dass so viele MessebesucherInnen dieses grosszügige Angebot nicht nutzen.

Es bedarf deshalb weiterer Massnahmen, um die Situation zu entschärfen. Als erstes sollten parallel stattfindende Grossanlässe durch rechtzeitige Planung vermieden werden. Dann wäre ein konsequentes Park & Ride System in Kombination mit einer deutlichen Begrenzung des Parkplatzangebots sinnvoll.

Für eine dauerhafte Lösung gibt es aus meiner Sicht eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder wird die Verkehrssituation erträglicher gestaltet, oder es muss über kurz oder lang ein neuer Standort gefunden werden. Ein neuer Standort wäre sicher dann zu favorisieren, wenn sich die Herbstmesse weiter entwickeln und dadurch vergrössern möchte. Da aber auch der Standort für ein neues Fussballstadion in Diskussion ist, müssen natürlich auch die sich hier abzeichnenden Veränderungen in die Überlegungen mit einbezogen werden. Ich erwarte vom Stadtrat nun eine verbindliche Aussage, die heutige Situation zu verbessern und bin gespannt, welche Lösungen er vorschlagen wird."

Stadtpräs. Marcel Wenger Antwort des Stadtrates *

"Nachdem in der Quartierzeitung Hohlenbaum/Breite zu lesen war, dass der Interpellant erwartet, dass dem SR die Antwort nicht ganz leicht falle, kann ich ihn in dieser Auffassung nur bestätigen. Nachdem ich sehe, dass der Titel der Interpellation lautet "Verkehrslenkung während der Schaffhauser Herbstmesse", wir aber heute über eine Standortfrage diskutieren sollen, dann hätten Sie ja auch den Standort noch etwas zum Gegenstand Ihrer Interpellation machen können. Dazu hätte dann der heute nicht anwesende Baureferent Stellung nehmen müssen, was die Behandlung des Traktandums etwas erschwert hätte. Sie müssen mit mir vorlieb nehmen; aber für Standortfragen bin ich absolut nicht zuständig.

Grossstadtrat Erwin Sutter stellt in seiner Interpellation Fragen zur Verkehrslenkung während der Schaffhauser Herbstmesse an den Stadtrat. Seit die Herbstmesse auf der Breite gastiert, sind immer wieder Fragen zur ausserordentlichen Verkehrssituation, aber auch Reklamationen wegen der Mehrbelastung der vorderen Breite laut geworden. Man kann sagen, dass die Diskussionen über das Woher und Wie der Verkehrslenkung während der Herbstmesse beinahe so alt sind wie die Herbstmesse selber. Die Schaffhauser Verwaltungspolizei, welche seit Inkrafttreten der kantonalen Polizeiverordnung operativ nicht mehr für die Verkehrslenkung zuständig ist, sondern mit der Verkehrspolizei lediglich die Signalisation gemeinsam plant, hat mit dem jeweils an der Herbstmesse verantwortlichen polizeilichen Einsatzleiter die Fragen besprochen. Sie können wie folgt beantwortet werden:

1. *Bestehen Vorstellungen zur Verbesserung des Verkehrsregimes während der Herbstmesse?*

Die Verkehrs- und Verwaltungspolizei haben die Verkehrslenkung, die Signalisation und das Parkregime laufend den Erfahrungen der Messejahre angepasst. Der heutige Zustand ist der Versuch, die unterschiedlichsten Interessen von Verkehrsbetrieben, Ausstellern, Besuchern, Radfahrern, Fussgängern, Anwohnern und zahlreicher wohlmeinender Ratgeber unter einen Hut zu bringen. Dies ist dank grossem materiellem und personellem Aufwand aus der Sicht der involvierten Amtsstellen einigermassen gelungen. Weitere Experimente wären so gesehen lediglich Wiederholungen schon früher gemachter Versuche. Verkehrs- wie Verwaltungspolizei kommen zum Schluss, dass das Verkehrsregime grundsätzlich richtig ist und so belassen werden sollte.

Bezüglich Parkierregime hat der Einbezug des Zeughausareals in das Parkplatzangebot eine wesentliche Entlastung zur Folge gehabt. So können dort gegen 100 Fahrzeuge aus der Region untergebracht werden. Dass zu den Spitzenzeiten die vorhandenen Parkplätze überlastet sind, ist unbestritten. Dies ist jedoch der Preis dafür, dass die Messe an einem durch den öffentlichen Verkehr gut erreichbaren Ort mit entsprechender Infrastruktur platziert ist. Eine weitere grosse Entlastung würde das Benützungsrecht für die Belairwiese mit sich bringen. Sie kann jedoch nur bei günstigen, trockenen oder sehr kalten Wetterbedingungen von der Stadtgärtnerei freigegeben werden.

2. *Wie kann eine bessere Koordination von Veranstaltungen auf der Breite während der Herbstmesse erreicht werden?*

Tatsächlich hat sich letztes Jahr eine Terminkollision ereignet, indem während der Herbstmesse ein Rock 'n' Roll-Wettbewerb in der Dreifachhalle stattfand. Durch verbesserten internen Informationsfluss zwischen den Verwaltungsabteilungen sollten solche Terminkollisionen in Zukunft vermieden werden können.

Allerdings soll nicht grundsätzlich **jede** andere Veranstaltung ausgeschlossen werden; massgebend ist der zu erwartende Publikumsaufmarsch.

3. *Welche Zukunftsperspektiven sieht der Stadtrat für die Herbstmesse? Bietet sich allenfalls ein neuer Standort an?*

Ende 2002 fand zwischen dem Veranstalter der Herbstmesse und Stadtrat Kurt Schönberger eine Unterredung statt. Anlass war der Wunsch der Veranstalter, die Herbstmesse in räumlicher Hinsicht auszuweiten und **nach** der Herbstmesse Zusatzveranstaltungen durchzuführen. Dies haben wir unter Hinweis auf die bereits zur Genüge belastete Region ablehnen müssen.

Gleichzeitig wurde diskutiert, welche Kriterien ein Alternativstandort erfüllen müsste, um eine echte Alternative zu sein (räumliche Verhältnisse, Infrastruktur, Erschliessung mit Bus usw.). Da muss ich Ihnen offen sagen: Eine überzeugende Alternative bietet sich momentan nicht an, weil wir nicht im Besitz der entsprechenden Landreserven sind. Wenn sich eine solche Alternative z.B. im Herblingertal anbieten würde, dann müssten wir für die Kanalisation, die Elektrizität, das Wasser und die Befestigung der Fläche für eine solche Ausstellung mindestens 1 Mio Franken als Vorinvestition aufwenden. Das ist eine Grössenordnung, welche vor allem unter dem Aspekt, dass die Herbstmesse mit ihrem heutigen Standort sehr zufrieden ist, sich mit der Finanzplanung des SR nicht verträgt. Ich denke nicht, dass wir auf diesem Weg zum Ziel kommen würden.

Die Begründung des Interpellanten hat noch einige andere Facetten aufgezeigt, die interessant sind und die man vielleicht diskutieren könnte. Die Frage, ob nicht die Möglichkeit besteht, gewisse Nutzungen auszulagern, welche heute auf der Breite angesiedelt sind, stellt sich natürlich im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie für das Fussballstadion. Da müssen wir die Resultate der SPK abwarten. Ich denke, eine Auslagerung anderer Aktivitäten ist wegen der Gebundenheit an die Liegenschaft bei der KSS und bei der Dreifachhalle etwas schwieriger. Ich kann auf jeden Fall dem Interpellanten zusichern, dass wir mit dem Baureferat und der Verwaltungspolizei auf die zeitliche Sequenz der Herbstmesse besonders genau

achten werden, damit es nicht zu einer Häufung von Grossanlässen während dieser Messe auf der Breite kommt. Wir werden versuchen, dies in Zukunft zu verbessern."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Diskussion gewünscht wird. Er hat bereits Wortmeldungen.

Bernhard Egli (OeBS) Votum

"Zuerst möchte ich mich bei Erwin Sutter bedanken. Ich hätte eigentlich auch einen Vorstoss machen wollen oder sollen, ich war zu faul. Jetzt hat mir Erwin Sutter die Arbeit abgenommen.

Man kann gewisse Probleme gut lösen, wenn man sie erkennt und sie lösen will. Ich habe letztes Jahr die Herbstmesse auch konsumiert, aber nur von aussen. Ich habe das Parkplatzregime angeschaut. Was mir am meisten aufgefallen ist, war ein Tiefladeanhänger, welcher vom Installationstag bis zum Abräumtag an bester Lage an der Breitenaustrasse stationiert war. Für die FussgängerInnen bedeutet dies Ausweichen auf die Fahrbahn, während die Autos auf den Trottoirs parkiert sind. Das Mindeste ist, dass die Aussteller ihre Anhänger nach erfolgter Standeinrichtung wegstellen, was verschiedentlich nicht erfolgt ist. Es ist mir weiter aufgefallen, dass die besten Plätze unmittelbar in Zeltnähe von Autos der Aussteller voll belegt waren. Dieser Platz sollte frei bleiben. Es gehört zum Ambiente der Herbstmesse, dass man sich um die Zelte herum bewegen kann und sich nicht zwischen den Autos hindurch schlängeln muss. Ich denke, man müsste ein striktes Parkverbot vom Schützenhaus-Kreisel bis zum Zeughaus anordnen. Gewisse Stellen dieser Strasse müsste man für die Zulieferer, für den Nachschub von Ware offen halten. Hier muss dringend ein Parkplatzregime installiert werden, welches auch die Sicherheit der FussgängerInnen und der VelobenutzerInnen verbessert. Gerade wenn es dunkel ist, und die Leute ein paar Weidegustationen gemacht haben, gibt es gewisse Sicherheitsprobleme. Diese Massnahmen würden die Akzeptanz der Messe im Breitequartier verbessern. Hiezu ist ein gewisser Druck der Verwaltungspolizei auf die Aussteller notwendig.

Noch ein Vorschlag bezüglich Alternativstandorte: Ich hätte einen Vorschlag. Es ist das Zeughaus. Da müssen wir noch ein paar Jahre warten, bis das frei wird. Da müsste man gar nicht viel ändern; man müsste lediglich die Räumlichkeiten umnutzen."

Andres Bächtold (SP) Votum *

"Die Breite ist das durch Infrastruktureinrichtungen, welche meist regionalen oder sogar überregionalen Charakter haben, am meisten beglückte oder belastete Quartier. Das ist vermutlich unbestritten und hat Vor-, aber eben auch Nachteile. Und da gilt es, eine vernünftige Ausgewogenheit zu finden oder anzustreben.

Die KSS ist gesetzt und hat, als sehr innovativer Betrieb, ständige Ausbaupläne. Die an der letzten Sitzung debattierte Winterüberdeckung des Freibades wird, das ist ja der erklärte Zweck, mehr BesucherInnen anlocken. Die Möglichkeit, im Winter Wassersportveranstaltungen durchführen zu können, wird ebenfalls für mehr Betrieb und Umtrieb in der Anlage, aber auch in der Nachbarschaft und auf den umliegenden Strassen sorgen.

Das Fussballstadion bleibt, trotz momentaner tauglicher Alternativen, eventuell am jetzigen Standort, die Trainingsplätze können und sollen ebenfalls nicht vollständig von der Breite verbannt werden.

Die Dreifachhalle wurde zwar durch den Bau der Schweizersbildhalle etwas entlastet, ist durch Sport- und andere Veranstaltungen aber noch immer sehr gut frequentiert. Zu diesen ständigen Einrichtungen kommen noch temporäre Anlässe wie Zirkus, Chilbi usw. Das alles ist mit Lärm und Betrieb verbunden, und führt, da sich der Mensch des 21. Jahrhunderts in der Freizeit noch immer vorwiegend mit dem Privatauto fortbewegt, zu erheblichen Verkehrsbe- und -überlastungen. Und das nicht nur bei Anlässen und am Wochenende. Die Breitenaustrasse z.B. dient auch Wochentags vorwiegend dem ruhenden Verkehr, wozu auch die Familiengärtner beitragen. Befahrbar ist sie aber infolge des miserablen Zustandes ohnehin kaum. Problematisch wird die Situation auch, wenn es zu Kumulationen von Veranstaltungen kommt. Das konnte vor Kurzem einmal mehr beobachtet werden, als der Zirkus auf der Breite gastierte und gleichzeitig ein Fussballmatch stattfand. Koordination scheint nicht möglich zu sein.

Wie eingangs erwähnt, haben diese Anlagen und Veranstaltungen im Quartier aber nicht nur negative Auswirkungen, die gute Erreichbarkeit zu Fuss kann durchaus auch als Standortvorteil gesehen werden und wird von vielen QuartierbewohnerInnen auch so empfunden. Aber eben nur solange, als ein bestimmtes Mass an Beeinträchtigungen nicht überschritten wird.

Die Herbstmesse, welche in einem Wohnquartier nun wirklich nichts zu suchen hat, überschreitet diese Grenze jedoch auch für sehr tolerante Zeitgenossen entschieden. Vor, während und nach der Messe ist das Quartier sozusagen lahmgelegt. So gesehen kann ich mit den ersten beiden Fragen des Interpellanten nicht viel anfangen - und mit der Antwort des Stadtpräsidenten eben auch nicht, die dritte Frage hingegen hätte in Form einer Motion deponiert werden sollen. Für die Herbstmesse muss ein neuer Standort in der Gewerbe- oder Industriezone gesucht werden, optimale Anbindung ans Strassennetz und den ÖV ist für eine Messe entscheidend, der Bezug zu einem Wohnquartier hingegen hinderlich. Über Menge und Standort von anderen Veranstaltungen auf der Breite wird in der SPK "Fussballstadion" noch diskutiert werden können und müssen. Dabei dürfen, soll die vordere Breite wirklich zukunftsweisend entwickelt werden, auch Zeughausareal und Familiengärten kein Tabu mehr sein."

Rolf Amstad (SP) Votum *

"Ich nehme vor allem Bezug auf die Frage 3 des Interpellanten, wo die Zukunftsperspektiven der Herbstmesse angesprochen werden.

Aus historischer Sicht hat der Standort Breite sicherlich seine Berechtigung. Der Standort war bis vor wenigen Jahren eigentlich immer optimal. Denn auf der Breite wurde die Herbstmesse gross, und sie ist heute zu einer weit über die Kantonsgrenzen hinaus bekannten und festen Institution in der Stadt Schaffhausen geworden. Jahr für Jahr zieht die Messe Tausende von Besucherinnen und Besuchern an.

Ich meine, die grosse Frage stellt sich doch, hätte die Schaffhauser Herbstmesse an einem neuen Standort ebenso grossen Erfolg? Ich behaupte klar JA! In der heutzutage schnelllebigen und sich stetig verändernden Zeit, muss sich auch eine Messe in der Grösse wie die Schaffhauser Herbstmesse unbedingt weiter entwickeln können. Neue Highlights sind gefragt, um die Gunst des Publikums weiterhin gewinnen zu können.

Auf der Breite sind dazu die Grenzen - was die Infrastruktur anbelangt - gesetzt. Was es jetzt braucht, ist ein Umdenken in den Köpfen der Verantwortlichen und den Mut, einen Entscheid für einen neuen Standort in Betracht zu ziehen. In der Vergangenheit wurde ja schon mehrmals darüber gesprochen.

Wo könnte denn ein neuer Standort sein? Schon öfters wurde das Herblingertal erwähnt.

Für mich ist dies eindeutig der richtige Standort, denn er ist genügend weit weg von einem Wohnquartier, die Infrastruktur ist teilweise schon vorhanden, der Boden ist eine ideale ebene Kiesfläche, es hat genügend Parkierungsmöglichkeiten für den motorisierten Privatverkehr, Anschlüsse der städtischen Verkehrsbetriebe und sogar ein DB-Bahnhof sind nur ein paar Meter entfernt. Was will man da eigentlich noch mehr?

Auf den Grundstücken, die ich anspreche, stand ich selber schon als Helfer bei verschiedenen Festivitäten im Einsatz. Und der Standort hat sich in jeder Hinsicht jeweils immer sehr bewährt.

Das Land ist zu einem grossen Teil in Privatbesitz, und ist aber - bis auf Kies- und Erddeponien - schon länger ungenutzt. Natürlich ist es Bauland in der Industriezone, doch dies sollte kein Grund sein, um sich gegen eine Verlegung der Messe zu entscheiden.

Ich würde es deshalb sehr begrüßen, wenn der Stadtrat einen Standortwechsel jetzt nochmals konkret prüfen, und dazu mit den Landbesitzern und der Messeleitung die Verhandlungen aufnehmen würde.

Übrigens, ich denke die Herblinger Bevölkerung hat Verständnis für den Standort Herblingertal der Schaffhauser Herbstmesse. Sie würde sich somit kooperativ zeigen mit den "Breitianern" und ihnen bei der grossen Anzahl von Anlässen ein wenig Luft verschaffen. Ich bin überzeugt, dass die Messe auch in Herblingen weiterhin von Erfolg gekrönt sein wird!"

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Es wurde jetzt Herblingen und das dortige Industriegebiet angesprochen. Ich muss Ihnen jetzt zwei Punkte dagegen aufzählen.

Vor wenigen Jahren hat ein Messebetreiber versucht, dort eine Messe aufzubauen. Das ging total in die Hosen, denn die Besucher haben diese Messe nicht gefunden. Das war das erste. Dann hat er eine nette, deutsche Biermusik engagiert im Festzelt. Am ersten Abend kamen bereits Reklamationen aus dem Quartier Herblingen und am zweiten Abend musste der Musikbetrieb um 22.00 Uhr eingestellt werden. So einfach ist das mit Herblingen also nicht."

Stephan Schlatter (SVP) Votum

"Ich bin eigentlich für eine Beibehaltung der Herbstmesse auf der Breite. Ich könnte mich aber mit dem Standort Herblingen einverstanden erklären, wenn damit den Anliegen der Herblinger für ein Begegnungszentrum entsprochen werden kann und damit dieses Geschäft vom Tisch wäre."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Wenn schon eine nicht ganz ernst gemeinte Meinungsäusserung gemacht wird, möchte ich mich auch ganz gerne melden.

Wenn wir über diese Mehrnutzung, diesen Nutzungsmix in der Breite sprechen, dann müssen wir über den Standort sprechen. Ich habe das als Baureferent seinerzeit getan. Ich hatte nachher die Nase gestrichen voll. Ich hatte nämlich drei Fronten zu überwinden, nämlich

- die Front der Aussteller. Sie hatten praktisch unisono erklärt, "ins Herblingertal, wo man uns nicht findet, wollen wir nicht."
- das Geldproblem. Wir haben gesagt, wir wollen versuchen, Euch einen möglichst guten Standort zu bieten. Wir nehmen Geld in die Finger und investieren in diesen Standort, und wir haben mit der Firma Georg Fischer verhandelt. Wir sind bei den Landverhandlungen ziemlich auf Grundeis gestossen. Wir haben Schwierigkeiten gehabt, weil sich unsere Vorinvestitionen auf 1 Mio Franken belaufen hätten.
- das Zeitproblem. Der neue Standort hätte rasch bereitgestellt werden müssen. Sagen Sie mir, woher ich eine Mio Franken nehmen soll!

Zu einem Zeitpunkt, wo das Geld wirklich nirgendwo auf der Strasse liegt, müssen wir uns darauf beschränken, zu schauen, was wir organisatorisch besser machen können." Der Stadtpräsident denkt hier, die Aussteller besser in die Pflicht zu nehmen hinsichtlich der Mithilfe bei der Lösung des Problems des Abstellens von Aussteller-Fahrzeugen direkt vor den Zelten. Der zweite Punkt wäre eine Verbesserung des Regimes in den Quartierstrassen. Der dritte Punkt ist, eine Ausgewogenheit bei der Veranstaltungshäufung während der Herbstmesse anzustreben (mehr Kontakt und Koordination zwischen Bauamt und KSS).

"Wenn wir die Chance zu mehr Land oder allenfalls zu einer Ausgleichsfläche oder zu einer Nutzungsauslagerung bekommen, werden wir diese Chance packen. Das kann ich Ihnen versprechen. Aber ich kann Ihnen heute nicht versprechen, dass wir ein Millionenprojekt daher bringen, um diese Herbstmesse zu verlagern. Über diese Mittel verfügen wir nicht. Schauen Sie einmal in den Finanzplan."

Erwin Sutter (EDU) Schlusswort des Interpellanten

"Ich danke dem Stadtpräsidenten für seine Antwort. Es ist wertvoll zu wissen, dass eine Standortverlagerung gerade wegen der Kosten nicht so einfach ist. Auch die QuartierbewohnerInnen sollen wissen, dass eine Verlagerung nicht gratis zu haben ist. Dieses Argument wird wahrscheinlich auch die Akzeptanz etwas erhöhen.

Da die Aussteller selber mit dem Standort Breite sehr zufrieden sind, ist der Standort Herblingertal ein Standort mit grossen Fragezeichen. Persönlich bin ich nicht gegen den Standort Breite. Ich habe die Interpellation nicht gemacht, um zu einer Standortverlagerung beizutragen. Ich wollte wissen, ob es nicht ein besseres Verkehrsregime gibt. Die Parkplatzsituation könnte man mit guter Planung verbessern - Kurzzeitparkplätze für die Zulieferer, Kennzeichnung der Zufahrtswege zu den Parkplätzen, strengere Kontrolle (Parkbussen), Hinweise auf Park & Ride Standorte in Verbindung mit dem ÖV für auswärtige MessebesucherInnen. Ich danke Ihnen für die intensive Diskussion."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Interpellation Iren Eichenberger: Zürcher Manifest - ein Weg aus der Sackgasse

Iren Eichenberger (OeBS) Begründung *

"Die vorliegende Interpellation wurde am 11. Februar 03 unterzeichnet und tags darauf eingereicht. Heute stehen wir an einem ganz anderen Ort. So weiss ich heute, dass der Stadtrat das Zürcher Manifest grundsätzlich unterstützt, was immer das im Detail auch heissen mag. Ausserdem hat der SR pünktlich zum 1. April !!! in einem Geniestreich den Monolith von Jean Nouvel für den Herrenacker an Land gezogen und diesen schlauerweise auch noch mit Geldern aus der Windler Stiftung finanziert. Wir sehen an diesem Beispiel einmal mehr, wenn es um ein gutes Projekt geht, ist unser Stadtrat äusserst kreativ und innovationsfreudig. Darum bin ich auch für die heutige Diskussion optimistisch.

Die eigentliche Geschichte des Zürcher Manifests heisst so: Am 31. Jan. 03 hat der Zürcher Stadtrat mit einem Inserat Furore gemacht, und er blieb damit über Tage und Wochen in den Medien. Mit einem Thema notabene, das allgemein wenig interessiert und seinen Platz in den Nebenspalten der Zeitungen hat. Mit dem Zürcher Manifest hat der Zürcher Stadtrat die Asylpolitik für einmal ins Zentrum des Medieninteresses gerückt.

In einem 10 Punkte Programm stellt er Forderungen an den Bund für die künftige Asylpolitik. Der Titel „Zürcher Manifest“ klingt im übrigen fast nach Verschwörung. Vermutlich war aber weniger Verschwörung als Empörung der Auslöser für den ungewöhnlichen Schritt. Dem Zürcher Stadtrat ist wohl schlicht der Geduldsfaden gerissen angesichts der jahrelangen Blockierung in der Asylpolitik. Als Letzte in der Befehlskette führen Städte und Gemeinden schliesslich aus, was ihnen Bund und Kanton delegieren. Dabei sind sie an Rahmenvorgaben gebunden, die weder praktikabel, noch sinnvoll, noch realistisch sind. Elmar Ledergerber, Zürcher Stadtpräsident und Urheber des Manifests sagt daher unverhohlen: Die Schweiz müsse wegkommen vom ideologischen Diskurs in der Asylpolitik. Ein zentraler Fehler ist laut Ledergerber das Arbeitsverbot für Asylsuchende während der ersten 3 Monate. Der Zürcher Stadtrat fordert daher an erster Stelle in seinem Manifest: Arbeitsberechtigung und Arbeitspflicht für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene. Dafür sind geeignete Arbeitsprogramme im öffentlichen Bereich zu schaffen, die nicht in Konkurrenz zu privaten Unternehmen stehen dürfen. Das verdiente Geld soll zur Finanzierung des Aufenthalts der Asyl suchenden Person und später als Rückkehrhilfe verwendet werden.

Mit der generellen Arbeitsverpflichtung würde endlich das Prinzip Leistung für Gegenleistung, wie es im Sozialbereich üblich ist, auf den Asylbereich übertragen. Gleichzeitig wird Asylsuchenden ein Stück Selbstverantwortung und Eigeninitiative überlassen, was für die spätere Integration oder auch die Rückkehr ins Heimatland von grosser Bedeutung ist. Monika Stocker, Zürcher Sozialvorsteherin, präzisiert zur finanziellen Seite der Massnahmen wie folgt: Der grösste Teil der Gelder im Asylbereich werde für Sozialhilfe ausgegeben. Auch wenn nun die geforderten Arbeitsprogramme z.T. finanziert werden müssten, könnten die Ausgaben gesamthaft gesenkt werden.

Weitere Forderungen des Manifests sind:

- Kinder und Jugendliche ausbilden (was meines Wissens im allgemeinen in SH weitgehend versucht wird. Schaffhausen hat übrigens während des Kosovo-Krieges in vorbildlicher Weise kurzfristig Schulprogramme für albanische Kinder organisiert, die von Anfang an auf Rückkehr ausgelegt waren.)
- Asylsuchende sollen ihre Unterkunft selber organisieren
- Landsleute sollen Asylsuchende unterstützen (Aufnahme, Betreuung, Begleitung)
- Asylentscheide beschleunigen
- Leistungen der Gemeinden von Bund und Kantonen finanzieren
- Kriminelle Asylsuchende sofort ausschaffen (soweit immer das nach Gesetz möglich ist)
- und eine dringliche Forderung: Einberufung einer nationalen Asylkonferenz

Vor allem mit dem letzten Punkt haben die Zürcher sämtliche Städte und Gemeinden hinter sich geschart. Seit Jahren nämlich fordern Letztere vergeblich direkten Einbezug bei Entscheiden auf nationaler Ebene. Die Probleme sind bekannt und wohl in etwa überall deckungsgleich. Ich bin nun aber gespannt zu hören, was der SR im besonderen zur aktuellen Lage in Schaffhausen zu sagen hat, wie sie in den Fragen eins bis drei angesprochen ist. Nicht weniger interessant wäre aber ein Echo aus den anderen Parteien, die ja eigentlich im präsentierten Forderungspaket allesamt etwas aus ihrem eigenen Rezeptbuch finden müssten.

Ihnen danke ich fürs Zuhören und dem SR für die Beantwortung meiner Fragen."

Stadtrat Thomas Feurer Antwort des Stadtrates *

"Ob das Zürcher Manifest aus der Sackgasse führt, kann ich mit meiner Stellungnahme zur Interpellation wahrscheinlich nicht beantworten. Sie soll aber sicher ein Anstoss sein, mindestens die Diskussion, welche in einer Sackgasse gelandet ist, aus dieser heraus zu führen.

Der Stadtrat von Zürich hat sich - die Motionärin hat es erwähnt - in einer unüblichen und aufsehenerregenden Art am 1. Februar 2003 mit einem 10 Punkte umfassenden Manifest an die Öffentlichkeit gewandt, um der diffusen Wahrnehmung der Asylpolitik eine für die Bevölkerung nachvollziehbare und inhaltlich verständliche Haltung einer grossen Stadtregierung gegenüber zu stellen. Das Manifest war vom Stadtpräsidenten unterschrieben, welcher nicht der federführende Departementschef in Zürich ist. Ganz offensichtlich ging es dabei auch darum, statt Schlagworten rund um das Thema Asyl handfeste Argumente zu bieten und das Dilemma der - hauptsächlich mit der Unterbringung von Asylsuchenden - beauftragten Städte aufzuzeigen. Es ist offensichtlich relativ einfach, den involvierten Stellen vor Ort Untätigkeit vorzuwerfen, da sich die Folgen von beschäftigungslosen Asylsuchenden naturgemäss in den Zentren am augenscheinlichsten offenbaren. Leicht vergessen wird dabei, dass sich die Städte in der Lage der Beauftragten befinden, welche die Zuweisungen zwingend zu übernehmen haben und aufgrund ihrer Grösse und der Flexibilität wesentlich stärker belastet werden als kleinere Gemeinwesen.

Im Kanton Schaffhausen bedeutet das, dass zwar bei den, den Gemeinden zugewiesenen Asylsuchenden, eine gewisse Parität besteht, darin allerdings die vom Kanton betreuten Personen - das sind bei uns fast ebenso viele - nicht berücksichtigt sind, die vom Kanton fast ausschliesslich auf Stadtgebiet untergebracht werden. Dies im Gegensatz zum Kanton Zürich, wo auf volle Parität geachtet wird. Leider hat es der Kanton bis jetzt nicht für nötig befunden, die Stadt über die von ihm gemieteten Liegenschaften in der Stadt und die dortigen Platzierungen zu informieren, um so die stadtinterne und regionale Verteilung besser steuern zu können. Ein Beispiel: Trotz unseres damaligen Angebotes beim Ansturm der Kosovo-Flüchtlinge hat der Kanton - ohne uns zu informieren - das ehemalige Residence-Gebäude und ein Nachbargebäude gemietet. Seither betreibt er es ebenfalls als Unterkunft für Asylsuchende, was das Problem von Urs Hunziker im Steingut-Schulhaus zusätzlich akzentuiert hat. Das sind Dinge, welche wir gar nicht steuern können, wenn wir nicht informiert werden.

Wir hoffen aber, dass die Zusammenarbeit in diesem Bereich nicht zuletzt dank der angelaufenen Initiative im Zusammenhang mit der Schaffhauser Antwort auf das Zürcher Manifest verbessert werden kann. Jedenfalls hat der neue Beauftragte des Kantons für die Asylsuchenden sehr positiv auf unsere Bemühungen reagiert. Das Sozialamt, welches für die Asylsuchenden zuständig ist, hat seit kurzem ebenfalls einen neuen Chef, mit dem ich mich sehr gut verstehe und dieses Problem nächstens auch thematisieren werde.

Wie Sie erfahren haben, hat sich der Schaffhauser Stadtrat in einer Medienmitteilung mit der Haltung der Stadtzürcher Regierung solidarisiert und sich mit dem Zehnpunkteprogramm einverstanden erklärt. Zentral steht dabei die Forderung im Raum, Asylsuchende zur Arbeit zu berechtigen bzw. zu verpflichten. Die Asylsuchenden sollen mit geeigneten Einsätzen ihren Aufenthalt mitfinanzieren und den Gastorten mit gemeinnützigen Arbeiten eine Gegenleistung erbringen. Stadtpräsident Ledergerber hat mich am 15. April 2003 anlässlich der Übergabe des Friedensfeuers im Münstervorhof darüber informiert, dass in der Stadt Zürich bis zu jenem Zeitpunkt rund 500 Einsatzorte evaluiert wurden, die ausserhalb der normalen Beschäftigungsprogramme laufen und bis Ende Jahr mindestens im Ansatz umgesetzt werden sollen. Darunter befinden sich solche in Heimen, Reinigungsdiensten, bei den Verkehrsbetrieben, in Grünanlagen oder in der Aktion 'schönes Zürich', das Schmierereien und Graffities entfernt und den öffentlichen Raum pflegt. Zentrale Anliegen sind gemäss Elmar Ledergerber bei den Zürcher Einsatzorten die Sichtbarkeit der Einsätze und der Resultate. Als Einsatzleiter sollen dabei in Zukunft - in Zürich wenigstens - auch Zivildienstleistende oder entsprechend erfahrene Arbeitslose rekrutiert werden können. Stadtpräsident Ledergerber hat uns spontan Zürcher Ansprechpartner genannt, die wir kontaktiert haben. Wir haben uns gerade gestern bei den Projektverantwortlichen in Zürich über die erfolgten Schritte und Erfahrungen informieren lassen und werden versuchen, diese auch in Schaffhausen einfließen lassen. Dabei hat es sich gezeigt, dass die Materie aufgrund der sehr verschiedenen Herkunftsorte und der unterschiedlichen Qualifikationsniveaus recht komplex ist. Dazu kommen noch Probleme, wenn die Einsatzorte auf solche Einsätze nicht vorbereitet sind (Information/Instruktion).

Unabdingbar ist die Motivation der teilnehmenden Asylsuchenden, aber auch der Begleitenden in der Verwaltung. Die Kosten für die 500 Plätze in der Stadt Zürich werden mit rund Fr. 1.2 Mio/Jahr veranschlagt - diese Quote wird wahrscheinlich

nicht ausgeschöpft -, was einer Quote von Fr. 45.-- pro Einsatzplatz und Woche entspricht. Damit sind individuelle Auszahlungen in der Höhe von CHF 10.-- bis 15.--/Tag verbunden, die aber explizit nicht als Lohn, sondern als Taschengeld deklariert sind. Diese Präzisierung ist wichtig, da mit der Wortwahl der Arbeitsverpflichtung der falsche Eindruck entstanden sein könnte, dass es sich um normal bezahlte Arbeit handeln würde. Wir haben in Schaffhausen aufgrund von Hochrechnungen festgestellt, dass wir auf jeden Fall unter diesen Ansätzen bleiben werden und uns auch noch im Rahmen unseres Budgets, welches weitgehend vom Bund finanziert wird, bewegen sollten. Anzurechnen wäre allerdings der Nutzen, der den Betrieben der Stadt aber auch der Öffentlichkeit durch die Einsätze erwächst. Auch die rechtliche Situation war in den Gesprächen mit den Zürcher Ansprechpartnern ein Thema, die bei der Ausrichtung als gemeinnützige Arbeit vom Bundesamt für Flüchtlinge BFF in dieser Form aber akzeptiert wird.

Bevor ich zur Fragenbeantwortung komme, möchte ich noch etwas sagen, was mich in diesem Zusammenhang beschäftigt. Wenn Sie davon ausgehen, dass all diese jungen Männer, welche man insbes. in der Altstadt antrifft, Asylsuchende sind, dann liegen Sie nicht richtig. Wahrscheinlich handelt es sich bei den allermeisten um arbeitslose oder zu wenig qualifizierte jugendliche Ausländer, welche keine Arbeit finden, bei denen wir grösste Mühe haben, sie in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Stellungnahme der Sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen zu den in der Interpellation gestellten Fragen

1. Zeigen sich die Probleme im Asylwesen ähnlich wie in Zürich und gibt es in unserer Stadt einen ähnlichen Handlungsbedarf?

Die Probleme zeigen sich bei uns ähnlich wie in Zürich; bedingt durch die geringere Anzahl an Asylsuchenden in Schaffhausen natürlich nicht im gleichen Ausmass. Tatsache bleibt aber, dass es im Kanton und vor allem in der Stadt hundert bis zweihundert junge Asylsuchende - vor allem Männer - gibt, welche ihre Tage mit Nichtstun verbringen müssen. Arbeitsbewilligungen sind während dem ganzen Aufenthalt sehr begrenzt erhältlich für einzelne ausgewählte Bereiche und bestimmte saisonale Zeiten in der Landwirtschaft. Für abgewiesene Asylsuchende stellt sich die Situation infolge ihrer sofortigen Arbeitssperre ähnlich, obwohl eine Rückschaffung teilweise aus humanitären Gründen oder bilateralen Problemen mit den Herkunftsländern über längere Zeit nicht vollzogen werden kann. Die Auswirkungen von Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeit auf die Stimmung und die Haltung der Betroffenen sind ausreichend bekannt und akzentuieren ihre individuellen Krisen. Der Krieg im Irak belastete einen Teil unserer Asylsuchenden zusätzlich, kamen doch viele aus dieser Region oder haben in anderen Kriegsgebieten ähnliche Erfahrungen machen müssen. Ohne Arbeit sassen sie nun während den Kriegshandlungen vor dem Fernseher und liessen sich 24 Stunden lang mit den aktuellen Berichten von der Front eindecken. Es gab und gibt kaum Gefässe, denen sie ihre Gefühle anvertrauen oder sich etwas Luft und Abwechslung verschaffen konnten. Aus diesen Rahmenbedingungen folgern wir, dass Handlungsbedarf bei uns ähnlich angezeigt wie in Zürich ist.

2. Existieren bereits Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende und sind diese ausreichend?

Es existieren bereits Programme, die bis jetzt aber nur bei vom Kanton betreuten Betroffenen umgesetzt werden. Diese Angebote sind leider nicht ausreichend, und da die Gemeinden im Gegensatz zum Kanton keinen Zugriff auf die finanziellen Ressourcen des Bundes haben, besteht die Gefahr, dass Asylsuchende nach der Übergabe durch den Kanton sozial weiter absteigen.

Im Prinzip geht es nun beim Zürcher Modell darum, dass sich die Asylsuchenden für ihre bezogenen Leistungen im Gastland bzw. dem Gastort durch eine gemeinnützige Gegenleistung erkenntlich zeigen. Infolge der zum Teil langen Aufenthalte sollen dabei neben der reinen Beschäftigung auch der Alphabetisierung und einem minimalen Deutschunterricht Beachtung geschenkt werden. Das wird bei uns auch getan, zum Teil auch von Freiwilligen. Nur damit haben die Programme überhaupt eine Chance zur Verwirklichung in gegenseitigem Respekt, und auch der Knowhow-Erwerb kann eine Rückkehr orientierte Wirkung entfalten.

Zur Verbesserung der Situation wurden die städtischen Abteilungen nach diesem Manifest vom Stadtpräsidenten in einer ersten Runde zur Mithilfe bei der Suche nach geeigneten Einsatzplätzen aufgefordert. Diese Methode wurde auch in Zürich angewandt, um dem Willen des Stadtrates auch verwaltungsintern eine gewisse Nachachtung zu verschaffen. Damit nun eine geordnete und möglichst nachhaltige Entwicklung entsteht - in Uster ist ein ähnliches Projekt infolge Planungslosigkeit gescheitert - und die bestehenden Ressourcen optimal genutzt werden können, fand am 13. März 2003 eine erste Sitzung zwischen dem Sozialreferenten, dem Kanton (Thomas Elber), der Stiftung IMPULS und den Sozialen Diensten statt. Anhand eines Arbeitspapiers wurden konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten aufgezeigt sowie mögliche Probleme bei der Umsetzung skizziert. Die ersten Erkenntnisse wurden dem Stadtrat an der Sitzung vom 18.03.2003 unterbreitet.

Daraus resultierte, dass eine Projektgruppe aus den oben beteiligten Personen auf sehr pragmatischem Weg in einem Pilotprojekt für Personen, die in der Stadt Unterkunft haben - dabei handelt es sich um von der Stadt wie auch vom Kanton betreute Asylsuchende - Einsatzmöglichkeiten suchen und entwickeln soll. Es wurde dabei zur Kenntnis genommen, dass dies nicht ohne Begleitung und Betreuung aller Beteiligten möglich ist und insbesondere auch die verwaltungsinternen Anbieter von Einsatzmöglichkeiten mit einbezogen werden müssen. Das Programm muss also Top-Down erlassen werden, braucht aber nachher Erfahrung und Assistenz. Von den gewonnenen Erfahrungen in Zürich dürften wir dabei zusätzlich profitieren.

Die Projektgruppe hat sich formiert und trifft sich regelmässig. Das angestrebte Ziel ist es, vorerst mit den vorhandenen Ressourcen wöchentlich einen Einsatzplatz zu besetzen. Das würde heissen, dass wir innert Jahresfrist 50 solcher Plätze besetzen könnten. Die Zuweisungen erfolgen dabei über die jeweiligen Betreuungspersonen vom Kanton oder der Stadt."

Als Beispiel sei ein Platz innerhalb des Postdienstes der städtischen Verwaltung genannt, wo eine junge Frau aus Somalia einen sinnvollen Einsatz leistet und psychisch deutlich stabilisiert wurde. Während der akuten Kriegsphase im Irak wurde als Notmassnahme eine Beschäftigungsgruppe für junge Iraker geschaffen. Diese wurde im Bereich der Landschaftspflege nach Bedarf eingesetzt. Die Betreuung erfolgte durch Mitarbeiter der Sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen.

Grosser Wert wird darauf gelegt, dass durch diese Aktion nicht Programmplätze für die Stiftung IMPULS bzw. der normalen Beschäftigungsprogramme von Bund, Kanton und Stadt gefährdet bzw. konkurrenziert werden. Sie sollten im Gegenteil dazu führen, dass dank hoffentlich positiver Erfahrungen der Abteilungen auch vermehrt wieder Personen aus den Arbeitslosen-Beschäftigungsprogrammen in den Abteilungen aufgenommen werden.

3. Kann die Stadt Schaffhausen die von Zürich geforderte Asylpolitik unterstützen und wird sie sich im Städteverband dafür einsetzen?

Die Stadt Schaffhausen hat die Initiative offiziell unterstützt und arbeitet im Städteverband aktiv mit. Am 4. April 2003 wurde je eine Zweierdelegation von Vertretern der Städte, dem Gemeindeverband sowie den Hilfswerken von Frau Bundesrätin Ruth Metzler zu einer Aussprache empfangen. Thema war die aktuelle Situation im Asylbereich sowie das Zürcher Manifest und die Sparmassnahmen des Bundes im Asylbereich. Die diesjährige Frühjahrstagung der Städteinitiative, wo ich am 09. Mai 2003 in Freiburg teilnahm, war ebenfalls konsequenterweise diesem Schwerpunkt und den Fragen rund um den Asylvollzug gewidmet. Dabei kamen auch prominente Vertreter des Bundesamtes für Flüchtlingswesen sowie von Hilfsorganisationen zu Wort und unterlegten die heutige Situation in der Schweiz mit Fakten. Sicherlich wird Schaffhausen seine Aktivitäten mit denen anderer Städte - vor allem mit jenen von Zürich unter Winterthur - abgleichen, und wir wollen vor allem von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Vorrangiges Ziel ist bei allen Aktivitäten, dass wir innerhalb der grösseren Kommunen des Kantons Schaffhausen eine gemeinsame Strategie finden.

Zum Schluss möchte ich noch eine kleine Bemerkung zur möglichen Entlastung der Sozialhilfe der Stadt anbringen. Diese wird nicht unmittelbar entlastet, da Asylsuchende in Verfahren über den Bund finanziert werden und in der Stadt Schaffhausen bis jetzt keine Defizite entstanden. Anders sieht es aus, wenn ich an die vorläufig aufgenommenen oder die anerkannten Flüchtlinge denke, die z.B. von den Hilfswerken an die Sozialhilfe übergeben werden. Dort sind aufgrund der zum Teil langen Warteschlangen beträchtliche Defizite im Verständnis für unser System festzustellen, denen mit einem frühzeitigen Einbezug in die Arbeitswelt sicher besser begegnet werden könnte. Auch aus diesem Grund sind die geplanten Massnahmen zu begrüssen und sie nützen auch jenen Betroffenen, die ihre Erfahrungen wieder mit in ihre Herkunftsländer mitnehmen.

Ich habe eigentlich erst 3 Punkte des Manifestes erwähnt.

Bei den Punkten

- Unterstützung durch Landsleute
- Ausschaffung von kriminellen Asylsuchenden

sind wir mit der Haltung des Stadtrates Zürich zu 100 Prozent einverstanden, auch wenn gewisse Anliegen, z.B. diese Unterstützung zum Teil etwas blauäugig formuliert sind.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit."

Urs Tanner (SP) beantragt Diskussion.

Der Rat folgt diesem Antrag stillschweigend.

Urs Tanner (SP) Votum

"Als ich die Interpellation von Kollegin Iren Eichenberger las, hat mich das gefreut, und ich habe dieser zugestimmt. Ich habe gedacht, sie handelt schnell, der SR handelt noch schneller, das ist wunderbar. Inzwischen habe ich das Manifest und die 10 Punkte gelesen. Nun muss ich sagen, dass ich mit der Formulierung dieser 10 Punkte, auch mit der Stossrichtung der Interpellantin nicht mehr so glücklich bin. Nachdem der Titel der Interpellation lautet: *Zürcher Manifest - ein Weg aus der Sackgasse* und kein Fragezeichen gesetzt ist, gehe ich davon aus, dass die Interpellantin den Inhalt des Manifests als Weg aus der Sackgasse bezeichnet. Das möchte ich bezweifeln.

Der Punkt 1 - Asylsuchende zur Arbeit verpflichten und berechtigen - ist konsensual. Das ist vollkommen klar. Hier legt die Interpellantin auch den Schwerpunkt, wenn sie feststellt: "Der Schwerpunkt der Bestrebungen liegt in einer konsequenten Beschäftigungspolitik gegenüber Asylsuchenden."

Das ganze Manifest umfasst aber 10 Punkte. Es hat darin Punkte, welche mich ein wenig aufhorchen lassen, die ich nicht blauäugig finde wie SR Thomas Feurer, sondern die mich an dunklere Zeiten der Schweizer Geschichte erinnern. Wenn ich diese 10 Punkte anschau, so sind sie eine Fusion zwischen SVP- und SP-Programm. Das ist doch ein bisschen speziell. Zu jedem der einzelnen Punkte kann wahrscheinlich eine Gruppierung Ja sagen. Es gibt aber relativ wenige Punkte, die konsensual unterstützt werden wie der erste Punkt.

Wenn ich den 2. Punkt - Nützliche Arbeitsangebote bereitstellen - anschau, kann man sagen: SVP/SP konsensual, wunderbar, da sind wir dafür.

Den 3. Punkt - Kinder und Jugendliche ausbilden - würden wahrscheinlich eher wir von der SP unterschreiben; das könnte kosten.

Punkt 4 - Selbstorganisation in den Unterkünften fördern - tönt ein bisschen nach WK/Militär; da kann man nicht dagegen sein, das tönt vernünftig.

Punkt 5 - Den Aufenthalt der Asylsuchenden durch ihre eigene Arbeit finanzieren - und Punkt 6 - Unterstützung durch Landsleute einfordern - sind gefährlich formuliert. Bei Punkt 5 hast Du, Thomas Feurer, von Gastland und Gegenleistung gesprochen, und dass Du Punkt 6 auch ein wenig blauäugig findest. Ich finde den nicht blauäugig, dieser tönt gefährlich. Ich sage nicht, dass wir jetzt wieder in dieser Situation sind, aber es erinnert mich an die Politik, als man im Zusammenhang mit den geflüchteten Juden die in der Schweiz ansässigen Juden finanziell geschröpft hat.

Was heisst dieser Punkt 6? Müssen Leute aus der Türkei, welche seit 30 Jahren in der Schweiz wohnhaft sind, für Asylsuchende aus der Türkei etwas bezahlen? Hier beginnt die Konsensfront zu bröckeln. Das gefällt mir überhaupt nicht.

Punkt 7 - Faire und korrekte Asylentscheide beschleunigen - ist "heisse Luft". Das ist Rechtsstaatlichkeit, das ist Bundesverfassung, das ist vollkommen klar.

Bei Punkt 8 - Bund und Kantone müssen Leistungen der Gemeinden finanzieren - kann niemand Nein sagen.

Punkt 9 - Kriminelle Asylsuchende sofort ausschaffen - wird wahrscheinlich eher von den Kollegen der SVP unterstützt. Ich höre ein Gemurmel, das ist wahrscheinlich so. Kriminell ist kein Begriff, der aus dem Strafgesetzbuch kommt. Bei schweren Verbrechen ist Punkt 9 klar. Aber kriminell ist ein sehr dehnbarer Begriff. Auch hier bröckelt die Konsensfront.

Punkt 10 - Dringliche nationale Asylkonferenz einberufen - Ja, gut.

Bevor wir uns zu fest auf die Schulter klopfen, möchte ich sagen, dass wir diese 10 Punkte gut und differenziert anschauen sollten. Der erste Punkt ist wunderbar."

Walter Hotz (FDP) Votum

"Urs Tanner hat nun sehr in diesen 10 Punkten herum gewirbelt. Es sind ja nicht alle böse "Jungs", die zu uns kommen. Das Manifest des Zürcher Stadtrates finde ich eine gute Lösung, um darüber einmal zu diskutieren. Es ist ja eigentlich unschweizerisch, dass so ein Manifest lanciert wurde.

So wie ich jetzt aus der Antwort von SR Thomas Feurer gehört habe, nimmt es Herr Ledergerber mit den Zahlen nicht so genau. Bei der Lancierung des Manifests im Januar wurde von 460 Einsatzplätzen und 1,44 Mio Franken für das Pilotprojekt gesprochen. Jetzt sind es nur noch 1,2 Mio Franken. Vermutlich werden die hier errechneten Kosten gar nicht stimmen können. Es stellt sich die Frage, ob die Kosten für die arbeitsrechtlichen Versicherungen wie SUVA etc. darin enthalten sind. Es kommt noch dazu, dass der Kanton Zürich nicht gerade glücklich war mit dem Manifest, welches die Stadt Zürich lanciert hat."

Erwin Sutter (EDU) Votum

"So wie ich SR Feurer verstanden habe, kriegen diese Leute ein Taschengeld. Es geht darum, dass die Asylsuchenden eine Gegenleistung erbringen für das, was sie vom Staat kriegen. Das unterstütze ich, das ist ein Grundprinzip unserer Gesellschaft. Ich sehe nicht ein, weshalb man noch ein Taschengeld bekommen soll, wenn man schon unterstützt wird. Wie ist das Verhältnis zwischen dem Taschengeld und dem Betrag, den diese Leute vom Staat bekommen?"

Hans Peter Huber (SVP) Votum

"Die SVP weist seit 15 Jahren auf die Problematik im Asylbereich hin. Die SVP hat zwei Volksinitiativen gestartet, 1996 und 2002. Letztere ist allen noch in guter Erinnerung; sie wurde knapp abgelehnt. Selbstverständlich ist zu unterstützen, dass die AsylbewerberInnen einen Teil der verursachten Kosten selber tragen. Das heisst, dass sie selber Hand anlegen, dass keine hotelähnlichen Betriebe geführt werden usw. Es ist aber äusserst schwierig mit der Arbeitsbeschaffung. Gemäss meinen Informationen haben genau 4 % der Asylbewerber nach einem Jahr nach Ablauf des dreimonatigen Arbeitsverbotes eine Arbeitsstelle. Wenn wir nun davon ausgehen, dass wir 100 - 200 junge Asylanter haben, dann müssen wir 95 % von denen 15 Monate nach ihrer Ankunft immer noch beschäftigen. Das wird nicht ganz einfach sein.

Im weiteren unterstützt die SVP ganz klar die Forderung der Ausschaffung krimineller Asylanter."

Peter Neukomm (SP) Votum

"Ich möchte anknüpfen an die Äusserungen meines Vorredners der SVP. Es wird Sie nicht überraschen, dass sogar die SP für die Ausschaffung krimineller Asylbewerber eintritt. Es geht aber nicht nur um dieses Thema, weil die damit verbundenen Probleme im Vollzug von den Leuten, die an der Front sind, gelöst werden müssen.

Ich finde zwei Punkte dieses Manifests sehr wichtig. Ich glaube nicht, dass es an uns ist, jetzt die einzelnen Forderungen im Detail auseinander zu nehmen, um dort etwas zu finden. Die Forderungen sind sehr global. Es ist klar, dass man da vieles hinein interpretieren kann. Es soll so einmal stehen bleiben. Für mich ist wesentlich, dass eben einerseits die Beschäftigungsberechtigung, die Beschäftigungspflicht thematisiert worden ist und andererseits - das ist für mich auch ein wichtiges Thema als Kommunalpolitiker - der Rückzug des Bundes aus der ganzen Asylpolitik zu beobachten ist. Das ist für uns als Kommune genau so ein wichtiges Thema. Wir müssen daran denken, dass unter dem Aspekt der kriminellen Asylbewerber - was wahnsinnig aufgebauscht wurde - das Asylrecht massiv verschärft worden ist, und dass vor allem die Mittel im Asylbereich vom Bund gekürzt worden sind. Unter den negativen Auswirkungen dieser Massnahme leiden die Flüchtlinge, welche sich gesetzeskonform verhalten und das ist immer noch die grosse Mehrheit aller Asylsuchenden. Es leidet aber auch die Öffentlichkeit, im speziellen die Gemeinden und Städte. In diesem Bereich finde ich es verantwortungslos, dass sich der Bund zurück zu ziehen beginnt, weil es sich ganz klar auch um eine Bundesaufgabe handelt.

Noch zwei, drei Worte aus meiner Sicht als Strafverfolger. Ich persönlich finde vor allem das Arbeitsverbot - je nach Kanton bis zu 12 Monaten - absolut kontraproduktiv. Man verdammt junge Männer zur Untätigkeit - dies in einer Welt des materiellen Überflusses. Davon profitiert gerade die Kleinkriminalität; von dieser wiederum sind vor allem die Städte wie Schaffhausen betroffen. Ich finde es deshalb dringend nötig, dass für diese Leute Tagesstrukturen und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es müssen Beschäftigungsmöglichkeiten sein - das wurde zu recht betont -, die weder das Gewerbe, noch Privatunternehmungen, noch Beschäftigungsprogramme konkurrenzieren dürfen. Das ist m.E. auch möglich. Thomas Feurer hat aufgezeigt, auf welcher Ebene das passieren kann. Der Erlös aus der Arbeit dieser Leute - dies ist ein wichtiges Argument für die Beschäftigung dieser Menschen, um sie in Pflicht zu nehmen - ist ein Teilbeitrag an die Kosten, welche sie durch ihren meist nicht freiwilligen Aufenthalt hier verursachen. Aus dieser Sicht macht eine Beschäftigung auch Sinn. Die meisten Asylsuchenden, die wirklich als Flüchtlinge und nicht als Kriminaltouristen kommen, sind motiviert und bereit, etwas Sinnvolles zu machen. Sie leben nicht gerne in der Untätigkeit. Es geht nicht darum, gross Geld zu verdienen, sondern es geht darum, in der Zeit, in der sie hier sein müssen, einen sinnvollen Lebensinhalt zu haben.

Noch ein paar Bemerkungen zu den kriminellen AsylbewerberInnen. Dieser Ausdruck wird gerne verwendet, um Stimmung zu machen in der Asylpolitik, weil man die Restriktionen "puschen" will. Auch die Strafverfolgungs- und Justizbehörden in Schaffhausen waren vor einigen Monaten mit solchen Fällen konfrontiert. Sie haben das aus den Medien entnehmen können. Es hat eidgenössisch Staub aufgewirbelt. Es ging damals um diese "Kügelidealer" aus Afrika.

Diese sind auch in Schaffhausen aufgetreten und haben versucht, unter dem Asylrecht einen Aufenthaltsstatus zu erwirken. Polizei, Vollzugsbehörden, Kantonsgericht und auch die Ausländerbehörden haben sehr grosse Anstrengungen unternommen, in einer konsequenten Umsetzung einer Störungsstrategie in der Szene durch vermehrte Kontrollen an neuralgischen Stellen, und vor allem prioritär durch beschleunigte Behandlung der Fälle - wenn möglich umgehender Ausschaffung der Delinquenten - der ganzen Erscheinung zu begegnen. Leider sind den fremdenpolizeilichen Instrumenten der Ausschaffung dieser Leute Grenzen gesetzt. Wenn sich jemand bei der Identitätsfeststellung nicht kooperativ verhält, und Sie nicht nachweisen können, dass diese Person aus einem Nachbarland eingereist ist, dann können Sie diese Person nicht in "Nichts" auflösen, weil jedes Land nur Leute zurück nimmt, welche eindeutig identifizierbar sind. Das ist nicht immer einfach. Ich hatte in meiner Arbeit auch mit solchen afrikanischen Leuten zu tun, welche wirklich das Asylrecht auszunützen versuchten. Ich hatte nicht das Gefühl, dass diese Leute hierher kamen, um arbeiten zu wollen. Ich denke deshalb, dass eine Arbeitsverpflichtung diese Leute eher abschrecken wird, oder darüber hinaus, dass es ein zusätzliches Instrument in die Hand der Behörden gäbe, um gegen diese Leute vorzugehen, die sich einer Arbeitspflicht entziehen würden. Von da aus sehe ich vor allem positive Aspekte in den Vorschlägen der Zürcher Regierung. Ich bin froh, dass unsere Stadtregierung und andere Städtevertreter sich hier engagieren. Der SR hat meines Erachtens richtig reagiert. Es gebührt ihm dafür eine Rose; den Kaktus erhält er beim nächsten Traktandum."

Stadtrat Thomas Feurer

"Ich bedanke mich für die Rose. Ich möchte sie gleich weiter geben vor allem an die Organe der Polizei, des Untersuchungsrichteramtes. Wir haben gewusst, dass diese Leute mit den "Kügelis" nach Schaffhausen kommen werden. Bevor diese Leute hier Fuss fassen konnten, haben diese Organe ein Dispositiv erstellt, welches die Stadt SH mehr oder weniger von dieser Welle verschont hat. Wir sind auch jetzt noch in der Situation, dass Schaffhausen offensichtlich ein unattraktives Pflaster geblieben ist.

Ich bedanke mich dafür, dass die Diskussion sachlich geblieben ist. Es gibt nichts Schlimmeres bei diesem Thema als Unsachlichkeit, weil dies unsere Arbeit, welche wir so oder so tun müssen, nur erschwert und zusätzlich die Glaubwürdigkeit unserer Politik in Frage stellt.

Ich möchte noch auf ein paar Voten eingehen; zuerst auf das Votum von Erwin Sutter. Er hat gesagt, dass die Unterstützung, die den Asylsuchenden seitens des Staates gewährt wird, als Bezahlung genügen müsste. Asylsuchende erhalten pro Tag Fr. 11.30, davon muss auch die Verpflegung bezahlt werden. 3 Franken davon sind im Prinzip als Taschengeld budgetiert. Es wird hier offensichtlich nicht mit der grossen Kelle angerichtet. Wenn wir für diese 3 Franken dann noch 5 - 6 Stunden Arbeit als Gegenleistung verlangen, dann fehlt wahrscheinlich die Motivation. Wir müssen einen Mittelweg finden. Die praktizierte Lösung in der Stadt Zürich hat mit der Realität zu tun.

Es ist müssig, über das zu diskutieren, was Walter Hotz gesagt hat betreffend der Unglaubwürdigkeit von Elmar Ledergerber - ursprünglich 460 Einsätze 1,44 Mio Franken, jetzt 500 Einsätze und Kosten von 1,2 Mio Franken. Es hängt letztlich davon ab, wie viele Leute sich am Projekt beteiligen, wie viele Plätze gefunden werden, und ob ein Taschengeld von 10 oder 15 Franken pro Tag ausbezahlt wird.

Zum von Urs Tanner kritisierten Punkt 6 - Unterstützung durch Landsleute einfordern: Das war nicht so gemeint, dass man wie im 2. Weltkrieg diese Leute zwingen will, ihren Landsleuten ein Bett zur Verfügung zu stellen. Es geht darum, dass sich die hier ansässigen Landsleute nicht nur um ihr Wohl kümmern, sondern dass wir sie mobilisieren können, Systemkenntnisse zu vermitteln, wenn Flüchtlinge zum Teil massiert kommen. Das ist legitim und wenn man das richtig tut, profitieren beiden Seiten davon. Wenn dann noch daraus resultiert, dass Verwandte von den hier Ansässigen aufgenommen werden und dort gepflegt werden usw. und dadurch unsere bescheidene Infrastruktur weniger belastet wird, ist das ein positiver Nebeneffekt.

Beim Punkt 9 - Kriminelle Asylsuchende sofort ausschaffen - der viele Leute auf die Palme treibt, möchte ich eine Zahl nennen, welche belegt, dass dies schon ein Thema ist und wir verantwortungsvoll damit umgehen müssen. Ich habe letzte Woche erfahren, dass von diesen rund 95'000 Asylsuchenden, welche sich zur Zeit in der Schweiz befinden, ca. 5 % massiv mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind (dieser Prozentsatz basiert auf einer bestimmten Region in der Innerschweiz). Das sind doch relativ viele. Es sind so viele, dass es diese Leute offensichtlich schaffen, die 95%, die sich korrekt verhalten, zu stigmatisieren. Wir werfen diese 95% dann in denselben Topf. Ich möchte Sie bitten, diese Relation zu beachten und nicht zu pauschalisieren, damit nicht die grosse Zahl der sich korrekt Verhaltenden ungerechterweise auch stigmatisiert wird."

Gertrud Walch (SVP) Votum

"Bezüglich der Beschäftigungsangebote wurde gesagt, dass es schwierig sei, für die Asylsuchenden Arbeit zu finden. Es müssten noch Profile hinsichtlich Fähigkeiten und Sprachkenntnisse dieser Leute erstellt werden. Was wir aus Zürich gehört haben - Graffiti entfernen, Grünanlagen sauber halten -, da braucht es nicht grosse Abklärungen. In diesen Bereichen sieht man, wo was zu tun ist."

Kurt Zubler (SP) Votum

"Ich bin SR Feurer sehr dankbar für seine ausführlichen, pragmatischen und menschenfreundlichen Erläuterungen zum Thema. Ich bin auch Urs Tanner dankbar, dass er die problematischen Punkte des Manifests aufgezeichnet hat. Die Diskussion hat gezeigt, dass es ein paar zentrale Anliegen gibt und ein paar Punkte, wo man differenzieren muss. Thomas Feurer hat gesagt, dass bei der so schnell wie möglichen Ausschaffung von Leuten, welche mit dem Gesetz in Konflikt geraten, die rechtsstaatlichen Grundsätze und Gesetze befolgt werden müssen. Sofort ausschaffen ist deshalb leider ein relativer Begriff." Der Votant bestätigt, dass Asylsuchende, welche schwer delinquieren, ein grosses Problem sind, weil sie den Ruf und das Ansehen aller übrigen, anständigen Asylsuchenden schädigen. "Dies lässt es auch zu, dass die Diskussion auf einer völlig falschen Ebene abläuft. Trotz der kritischen Punkte, welche Urs Tanner erwähnt hat, ist es das Verdienst dieses Manifests, dass es von den defizitorientierten Streitereien hin zu den Ressourcen und den Perspektiven führt, welche die Leute als Menschen wahrnehmen und ihrer schwierigen Situation und ihrer Herkunft Rechnung tragen. Ich kenne einige Leute, die aus dem Irak kommen. Diese Menschen waren während des Krieges völlig verstört und psychisch sehr belastet." Der Votant nennt als Beispiel einen jungen irakischen Kurden, der schon lange in der Schweiz wohnhaft ist, an der ETH ein Studium begonnen hat und es abbrechen musste, weil er die kriegerischen Ereignisse in Irak psychisch nicht verkraften konnte.

"Ich bin SR Feurer sehr dankbar, dass er die menschliche Dimension in diese Diskussion hinein gebracht hat."

Iren Eichenberger (OeBS) Schlusswort der Interpellantin

"Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um mich für die ausführliche Antwort des SR, die sehr differenziert ausgefallen ist, zu bedanken. Der SR hat ja bereits 3 Rosen erhalten, natürlich von der SP - zwei wunderschön blühende von Peter Neukomm und Kurt Zubler, eine mit Stacheln von Urs Tanner. Ich kann mich eigentlich diesen Komplimenten anschliessen. Es hat sich gezeigt, dass die Stadt wirklich keine leichte Situation hat. Problematisch finde ich die Situation des Kantons. Er hat auch nicht gerade eine komfortable Rolle; er behält Geld des Bundes zurück. Da muss sich etwas ändern.

Thomas Feurer hat die Situation bezüglich Nutzung der alten Résidence-Liegenschaft angesprochen. Da hoffe ich auf eine Korrektur oder eine Diskussion durch die Interpellation der VertreterInnen Kommission für Sozialbelange - *"Strukturelle Massnahmen in den Siedlungsgebieten Birch, Hochstrasse und Hauental."*

Ich bin froh, dass Ihr Euch um Einsatzmöglichkeiten für die Asylbewerber bemüht. Dafür möchte ich mich beim Stadtrat sehr herzlich bedanken.

Zu Urs Tanner muss ich bezüglich des Fragezeichens - fehlt es oder wurde es absichtlich nicht gesetzt? - sagen: Ich habe es nicht gesetzt, obwohl ich mir die Frage auch gestellt habe. Ich denke eben, man darf auch ein bisschen provozieren mit dieser Aussage, die darin steckt. Andererseits muss ich sagen, doch ich kann dahinter stehen. Wer sich hier eindeutig und wissentlich nicht an die Gesetze hält, und sich in gravierendem Masse kriminell verhält, hat hier nichts zu suchen. Der schadet wirklich auch seinen Landsleuten. Diese Leute brauchen nicht unseren Schutz. Aber man muss immer sehr sorgfältig und korrekt bleiben bei den Verfahren. Da habe ich als Nachbarin der Betreuungsstelle für Asylsuchende haarsträubende Dinge erfahren, welche Verfahren in ein schlechtes Licht bringen. Das ist lange Zeit her.

Die meisten Fragen, die von den Sprechenden aufgeworfen wurden, hat Thomas Feurer beantwortet. Ich kann daher auf weitere Ausführungen verzichten. Ich habe die Diskussion sehr positiv erlebt. Besten Dank."

Das Geschäft ist erledigt.

4. Interpellation Peter Neukomm: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der kommunalen Öffentlichkeit

Peter Neukomm (SP) Begründung *

"Ausgangspunkt meiner Interpellation bildet eine Studie, welche UNICEF Schweiz erarbeiten liess, und deren Ergebnisse im Februar dieses Jahres publiziert worden sind. Die Studie basiert auf der Befragung von 12'872 Kinder und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren aller Landesteile.

Ich selbst habe zum ersten Mal Kenntnis von dieser Befragung erhalten, als meine älteste Tochter einen entsprechenden Fragebogen aus der Schule mit nach Hause gebracht hat.

Die Kinder und Jugendlichen sollten Antworten und Auskunft geben über ihre Befindlichkeit sowie über ihre Möglichkeiten resp. Bedürfnisse, ihren Lebensraum aktiv mit zu gestalten. Bekanntlich verpflichtet Art. 12 der Kinderrechtskonvention der UNO, welche die CH 1997 ratifiziert hat, die Vertragsstaaten, die Meinung von Kindern und Jugendlichen auch tatsächlich zu berücksichtigen. Denn Jugendliche unter 18 sollen als eigenständige und vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft behandelt werden und nicht mehr als unfertige Wesen, für welche die Erwachsenen alle Entscheidungen treffen. Kinder und Jugendliche verfügen nämlich in vielen Bereichen über die Kompetenz, auch am gesellschaftlichen und politischen Leben vollwertig zu partizipieren.

Während die Mitsprache der Kinder und Jugendlichen in der Familie unterdessen recht gross ist, nimmt sie in der Schule etwas ab, und ist in der Gemeinde kaum bis gar nicht mehr zu finden. Deshalb hat die Schweiz mit der Umsetzung der Kinderkonvention ein Defizit, das es in den nächsten Jahren zu beheben gilt. Vor allem bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Bereich steckt unser Land noch in den Anfängen. Dies wird durch die UNICEF-Studie bestätigt. Erstaunlich ist vor allem, dass im Gegensatz zum Lebensfeld Familie die Partizipation im öffentlichen Raum mit zunehmendem Alter nicht ansteigt. Im Gegenteil: Sie zeigt sogar sinkende Tendenz. Unabhängig vom Alter werden Kinder und Jugendliche bei Planungsfragen und Entscheidungen im öffentlichen Bereich auch dann nicht einbezogen, wenn es ganz direkt um Fragen geht, die sie selbst betreffen.

Jetzt zeigen aber die Ergebnisse der Umfrage, dass Kinder und Jugendliche ein sehr lebhaftes Interesse haben, ihr Lebensumfeld auch ausserhalb der Familie und Schule mit zu gestalten. Ihr Engagement ist aber im öffentlichen Raum kaum gefragt. Diese Diskrepanz von Wollen und Können birgt Enttäuschungs- und Frustrationspotenzial. Es ist auch eine Vergeudung von Mitgestaltungsressourcen - eine verpasste Chance für die politische Sozialisation. Erfolgreiche Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat darum eine wichtige Neben- und Langzeitwirkung gegen den zunehmenden Rückzug der Bürgerinnen und Bürger aus dem öffentlichen Leben.

Es fragt sich, in welchen Formen eine solche Partizipation stattfinden soll. Da gibt es verschiedenste Möglichkeiten. Sie sollen den Bedürfnissen und Verhältnissen unserer Stadt und denjenigen der Kinder und Jugendlichen angepasst sein. Einzelne Ansätze fanden sich bei SH 500, wo ein Wettbewerb für die Gestaltung eines Kinderspielplatzes durchgeführt wurde. Es darf aber nicht bloss bei gelegentlichen Wettbewerben bleiben, bei denen dem Sieger oder der Siegerin ein Preis und ein Schulterklopfen der Erwachsenen winkt. Das wirkt kontraproduktiv. Kinder und vor allem Jugendliche müssen ernster genommen werden, indem ihre Bedürfnisse auf Planungsebene und in der Politik auch mit einer gewissen Verbindlichkeit einfließen.

Es gibt die unterschiedlichsten Varianten, um Kinder und Jugendliche an Planungen und Entscheidungen teilhaben zu lassen. Man spricht von

- repräsentativer Beteiligung, wenn Kinder und Jugendliche als gewählte VertreterInnen in Gremien wie Jugendräten, Kinder- und Jugendparlamenten aktiv sind;
- offenen Partizipationsformen, wenn sich alle interessierten Minderjährigen in Kinder- und Jugendforen, Konferenzen, Hearings oder Schulräten einbringen können;
- projektbezogenen Beteiligungsmodellen wie Zukunftswerkstätten oder Planungszirkel bei thematisch und zeitlich begrenzten Vorhaben;
- Vertretung in Erwachsenengremien durch direkte Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen in Stadtquartier und Gemeindefarbeitsgruppen;
- Heisser Draht als Möglichkeit, direkt mit Personen des öffentlichen Lebens Kontakt aufzunehmen und ihre Anliegen darzulegen;
- offene Jugendarbeit mit Schwerpunkt Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in Jugendtreffs und Jugendhäusern.

Kanton und Stadt Schaffhausen sind jugendpolitisch nach wie vor Entwicklungsgebiete. Dabei schreibt unsere Exekutive im Leitbild für die Stadt: „Die Stadt ist familien- und kinderfreundlich. (...) Sie schafft gute Rahmenbedingungen für ausserschulische Betreuung. (...) Sie bietet zeitgemässe soziale Netze und hilft bei der Entwicklung individueller Betreuungsformen.“ Diese Bekenntnisse dürfen keine leeren Floskeln bleiben. Sie müssen umgesetzt werden, gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik. Dort gäbe es viele nachahmenswerte Modelle, auch wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen angegangen werden kann. Und man muss das Rad ja nicht neu erfinden: Neben den Projektangeboten von Pro Juventute denke ich da an vorbildliche Städte wie Bern, Basel, Aarau, Zürich, Winterthur, Luzern oder St. Gallen.

Ich möchte einige Beispiele kurz antippen, um Ihnen einen Eindruck zu vermitteln, welche Anstrengungen in anderen Kommunen unternommen werden oder eben bei uns nicht unternommen werden:

In Luzern existiert ein Kinderparlament, das über eine eigene Finanzkompetenz verfügt. Deren Vorstösse muss der Grosse Stadtrat behandeln, wie wenn sie aus den eigenen Reihen kämen. Politische Entscheide und Projekte müssen einer „Kinderverträglichkeitsprüfung“ unterzogen werden. Zudem wurde am 20.11.2000 ein zentral gelegenes Kinderbüro eröffnet.

In Basel werden zahlreiche Massnahmen mit einem Kinderfreundlichkeitslabel ausgezeichnet. Das heisst, sie werden von den betroffenen Kindern und Jugendlichen bewertet und beurteilt. Dabei geht es auch um die Gestaltung des öffentlichen Raums, Quartiergestaltung, Verkehrssicherheit etc. Seit 2000 gibt es in Basel auch ein Kinderbüro, eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, das Projekte anschiebt und die Interessen und Anliegen der Kinder und Jugendlichen in der Verwaltung und Politik vertritt.

In Lausanne gibt es einen conseil d'Enfant und eine Kinderdelegierte, deren Aufgabe darin besteht, Kinderpolitik zu gestalten, mit dem Ziel Kinder und Jugendliche besser in die Stadt zu integrieren.

In St. Gallen fungiert ein städtisches Jugendsekretariat, in Aarau eine Jugendkoordination mit ähnlichen Aufgaben und Zielsetzungen.

Die Interpellanten sind ja bei weitem nicht die einzigen, die eine städtische Jugendpolitik schmerzlich vermissen, die diesen Namen auch verdient. Die vorhandenen Defizite spüren viele Leute, die in diesem Bereich aktiv sind: Ich hatte vor kurzem Kontakt mit der regionalen Anlaufstelle der Bodensee Agenda 21 der IBK (Internationale Bodensee Konferenz), der auch der Kanton SH angehört. Sie ist darum bemüht, die Schaffhauser Jugend in die Jugend- und Kinderprojekte der Agenda 21 einzubeziehen, stösst dabei aber auch an Grenzen, weil klare Strukturen und Ansprechpartner in Stadt und Kanton schlicht und einfach fehlen. Das hat unter anderem auch mit der unsäglich langen Leidensgeschichte des Jugendleitbilds in der Stadt Schaffhausen zu tun, worauf wir mit der letzten Frage unserer Interpellation Bezug nehmen.

Wir alle kennen die Geschichte: Die Ausarbeitung des Jugendleitbildes wurde im Frühjahr 2000 dem kapazitätsmässig sowieso schon überlasteten Schulreferenten angehängt. Am 13.11.2001 erfuhren wir in diesem Rat davon, der SR habe das Leitbild zurückgewiesen, weil es zu stark auf Problemjugendliche fokussiert gewesen sei. Schul- und Heimreferent Urs Hunziker erklärte uns damals, dass mit der Ergänzung des Leitbildes mit den Normjugendlichen und deren Freizeitverhalten bis Sommer 2002 gerechnet werden könne. GrSR Raphaël Rohner rief daraufhin, Zweckoptimismus verströmend, in diesen Saal: „Die Leidensgeschichte hat aufgehört. Die Sonne geht auf.“ Jetzt sind wir bald im Sommer 2003 und vom Jugendleitbild ist immer noch nichts zu sehen. Ich würde sagen: Die Sonnenfinsternis dauert an. Man muss heute wohl davon ausgehen, dass dieses Thema im SR keine besonders hohe Priorität genießt. Anders ist dieses Trauerspiel nicht mehr zu erklären. Und das ist wirklich schade und kein Ruhmesblatt für diese Stadt!

Ich glaube, es ist Zeit, Klartext zu sprechen: Warum wurde dieses Leitbild denn schon seit Jahren im SR wie eine heisse Kartoffel hin- und her geschoben? Es ist klar weshalb; es darf einfach nichts kosten und schon gar keine städtischen Stellenprozente absorbieren. Dass aber genau solche Vorgaben ein wirksames und spürbares Engagement der Stadt im Bereich der Jugendpolitik verunmöglichen, ist allen klar, die mit dieser Thematik einigermaßen vertraut sind. Dies gilt auch nach der Debatte vom März dieses Jahres über die Motion für ein Jugendhilfegesetz im Kantonsrat: Dort wurde zwar die Malaise der fehlenden Vernetzung und Koordination erkannt, aber die richtigen Schlüsse daraus wurden leider nicht gezogen.

Statt zusammen mit der Stadt eine Fachstelle einzurichten, wird jetzt eine Kommission ins Leben gerufen. Da werden Fachleute, die in ihren Bereichen zwar alle wertvolle Arbeit leisten, in einem weiteren Gremium, das ab und zu tagen wird, Einsitz nehmen; alles Leute, die von ihren Kapazitäten her gesehen selber bereits am Limit laufen. Diese „Kommissionitis“ kann aber natürlich nicht das leisten, was eine ständige, professionelle Fach- und Anlaufstelle, die als Anwalt der Interessen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen wirkt, zu bringen vermag. Aber immerhin: Man kann das schlechte Gewissen beruhigen, ohne dass es etwas kostet -

was Erziehungsdirektor Heinz Albicker im Kantonsrat natürlich besonders hervorgehoben hat. Auf den Kanton warten lohnt sich also nicht. Es fehlt dort am politischen Willen. Darum muss die Stadt in der Jugendpolitik das Zepter ergreifen; die Jugend unserer Region konzentriert sich ja auch in ihrer Freizeit auf die Stadt. Was es braucht, ist eine professionelle Fachstelle, die insbesondere dafür sorgen muss, dass sich unsere Stadt kinder- und jugendgerecht entwickelt.

Wir sehen u.a. folgende Aufgaben und Zielsetzungen einer solchen Fachstelle:

- Förderung der Kommunikation zwischen der Jugend und den Erwachsenen
- Ermöglichung einer Kultur der Partizipation von Jugendlichen und Kindern
- Unterstützung der Anliegen von Jugendlichen und Kindern in Verwaltung, Öffentlichkeit und Politik
- Fachberatung von Behörden und Verwaltung in jugendpolitischen Fragen
- Vernetzung der Jugendarbeit in der Stadt und der Region
- Wirken als Drehscheibe und Triagestelle bezüglich den vorhandenen Angeboten
- Unterstützung der Integration aller Jugendlichen ins Gemeinwesen
- Förderung der Eigeninitiative von Jugendlichen, vielleicht auch mit Projektkrediten
- Ständige Überprüfung des Angebots und der Nachfrage im Bereich der Jugendarbeit
- Kontaktpflege mit Fachstellen anderer Städte etc.

Eine solche Fachstelle gehört nach Meinung der Interpellanten ins Sozialreferat und nicht ins Schulreferat. Jugendpolitik geht über den Schulabschluss hinaus. Synergien im Zusammenhang mit der Einführung der Sozialarbeit an den Schulen wären zudem möglich.

Städte, die sich für ihre Kinder und Jugendlichen besonders engagieren, können damit auch nach aussen strahlen. Es sind Städte, die ihre Zukunft ernst nehmen. Warum nicht endlich auch Schaffhausen?"

Stadtrat Urs Hunziker

Antwort des Stadtrates *

"Ich hoffe, der Interpellant Peter Neukomm wird mir nicht verübeln, wenn die Antwort des SR vom Schulreferenten kommt und nicht vom Sozialreferenten.

Die im Februar 2003 veröffentlichten Resultate einer UNICEF-Studie über die Partizipation von Kindern und Jugendlichen veranlassten Peter Neukomm mit Mitunterzeichnerinnen und –unterzeichnern, eine Interpellation einzureichen, die vom Stadtrat die Beantwortung einiger Fragen im Zusammenhang mit den Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in der kommunalen Öffentlichkeit verlangt.

In Anbetracht dessen, dass nicht erwartet werden kann, dass die Studie und deren Hintergründe bereits einer breiteren Öffentlichkeit bekannt sind, erlaube ich mir, einleitend einige Hintergründe, die zur Studie führten, zu erläutern.

Im Jahr 1997 ratifizierte die Schweiz die Kinderrechtskonvention der UNO, dies allerdings mit einigen Vorbehalten, welche insbesondere die Artikel über die elterliche Gewalt, den Erwerb der Staatsbürgerschaft, die

Familienzusammenführung, die Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen bei Freiheitsentziehung und die Unabhängigkeit der Gerichte und den juristischen Beistand bei Strafverfahren betreffen.

Am 29. Mai 2002 musste sich die Schweiz erstmals vor dem UN-Kinderrechtsausschuss verantworten und Rechenschaft über den Stand der Umsetzung der Kinderrechtskonvention ablegen.

Um es vorweg zu nehmen: Gemessen am internationalen Standard geht es den Kindern in der Schweiz gut! Dennoch bestehen Lücken in der Umsetzung der Kinderrechtskonvention. Genannt wurden vom UN-Kinderrechtsausschuss mangelnde Koordination zwischen Bund, Kanton und Gemeinden und die daraus resultierenden, auf die föderativen Strukturen zurückzuführenden unterschiedlichen Regelungen, insbesondere im Bildungsbereich, bei der Regelung von Familienzulagen sowie im Bereich der Krankenversicherung. Bemängelt wurde auch die lückenhafte Datenlage über die Befindlichkeit der Kinder. Besonders ins Augenmerk der Kritik fiel die Tatsache, dass die Schweiz bei der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention die bereits erwähnten Vorbehalte angebracht hatte.

Auch insgesamt 46 Nichtregierungs-Organisationen der Schweiz forderten in ihrem Schattenbericht Verbesserungen bei der Umsetzung der Kinderrechtskonvention. Schwerpunkte der Kritik betreffen das fehlende Verbot der Körperstrafe, die unzureichende Unterstützung von Familien, welche in Armut leben, die mangelnde Integration und Unterstützung von ausländischen Kindern und minderjährigen Asylsuchenden sowie – die vom Interpellanten erwähnten – eingeschränkten Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen.

Soweit – stark zusammengefasst – der Hintergrund, vor dem das Interpellations-Thema betrachtet werden muss.

Der Kerngedanke der UN-Konvention über die Rechte des Kindes ist, den Geltungsbereich der grundlegenden Menschenrechte auch auf Kinder und Jugendliche verbindlich auszudehnen. Dazu gehört neben dem Recht auf Schutz, Bildung und Gesundheit auch das Recht der Partizipation.

Dieser letztgenannte Punkt wird denn auch in der von Peter Neukomm erwähnten Studie anhand einer unter fast 13'000 Kindern und Jugendlichen durchgeführten Befragung detailliert untersucht. Stark zusammengefasst kommt die Studie zum Schluss, dass die Partizipationsmöglichkeiten in der Familie gross sind, in der Schule abnehmen und in der Gemeinde kaum mehr zu finden sind. Leider fehlen in dieser Studie Vergleiche zu andern Staaten. Interessant wäre es gewesen, in diesem Zusammenhang zu erfahren, welcher Staat denn der Kinderrechtskonvention in dieser Hinsicht besser Rechnung trägt als die Schweiz!

Die Partizipationsfrage ist also eine von mehreren, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Kinderrechtskonvention auftauchen.

Was ist nun aber genau unter Partizipation zu verstehen?

Artikel 12 der UN-Konvention gibt darüber Aufschluss. Ich zitiere:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äussern und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verwaltungsvorschriften gehört zu werden.“ Ende des Zitats.

Vor diesem Hintergrund gelangt der Stadtrat zur folgenden Beantwortung der durch die Interpellation aufgeworfenen Fragen:

Frage 1:

Wie beurteilt der Stadtrat die Ergebnisse der UNICEF-Studie, insbesondere im Hinblick auf die Situation in der Stadt Schaffhausen?

Die Studie widerspiegelt ein Bild unserer Gesellschaft in Bezug auf Kinder und Jugendliche, das der Realität wohl recht nahe kommt. Es erstaunt nicht, dass die Partizipationsmöglichkeiten in der Familie am grössten, in der Schule etwas kleiner und in der Gemeinde am geringsten sind. Wie könnte dies auch aufgrund unserer demokratischen Rahmenbedingungen anders sein!

Die in der Studie geschilderten Resultate dürften grösstenteils auch auf die Stadt Schaffhausen zutreffen. Allerdings darf auf einige Punkte hingewiesen werden, in welchen unsere Stadt keineswegs hinter den Forderungen der Konvention herhinkt.

So sind die Partizipationsmöglichkeiten in der Schule weit verbreitet; es gibt wohl kaum mehr eine Schaffhauser Schulklasse ohne Klassenrat, kaum eine Schule ohne Schülerparlament – dies sind – und davon ist der Stadtrat überzeugt – geeignete Podien zur Einübung demokratischer Verhaltensweisen.

Häufig werden auch Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung des Lebensraums Schule mit einbezogen – speziell dort, wo unsere Schulen beginnen, sich ein eigenes Profil zu geben. Der Weg hin zu geleiteten Schulen, so wie er mutmasslich in der Stadt, aber auch in den übrigen Gemeinden des Kantons eingeschlagen werden wird, eröffnet weitere Möglichkeiten zur Partizipation.

Auch im öffentlichen Raum wurde in jüngster Zeit vermehrt auf die Partizipation unserer Jugend Wert gelegt. Der Stadtrat denkt hier zum Beispiel an die Partizipationsmöglichkeiten, die im Rahmen der SH 500 Feier z.B. im Zusammenhang mit der farblichen Gestaltung von Unterführungen geschaffen wurden oder aber mit Aktionen der Verkehrsbetriebe, in welche immer wieder Kinder und Jugendliche einbezogen werden – insgesamt alles Aktionen, die dem Anspruch altersgerechter Partizipation entsprechen.

Das wohl aktuellste Partizipations-Beispiel findet kurze Erwähnung in der Vorlage zur definitiven Einführung einer Tagesschule in Schaffhausen, welche der Stadtrat an seiner Sitzung heutigen Sitzung zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet hat, und die Sie heute auf Ihren Pulten vorgefunden haben. Im Verlaufe der Evaluation des Versuchsbetriebes wurden nicht nur die Eltern der Schülerinnen und Schüler, welche die Tagesschule besuchen, befragt, sondern auch die Kinder selbst. Insbesondere interessierte ihre Befindlichkeit und die Beurteilung der Bedeutung, welche die Tagesschule für die einzelnen Kinder hat. Die Resultate von Eltern- und Schülerbefragung fanden Eingang bei der Ausarbeitung der erwähnten Vorlage.

Frage 2:

Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, Kinder und Jugendliche vermehrt in Planungen und Entscheidungen auf kommunaler Ebene einzubeziehen?

Der Stadtrat sieht durchaus Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche im Rahmen der erwähnten Beispiele, vor allem im Erlebnisbereich der jeweiligen Alterskategorie, partizipieren zu lassen. Allerdings bedauert er, dass frühere Partizipationsmöglichkeiten mangels Interesse seitens der Jugendlichen – es sei hier ans Jugendparlament erinnert - längerfristig nicht wahrgenommen wurden. Der SR ist aber sicherlich bereit, im Rahmen des Möglichen und Sinnvollen auf die Initiativen seitens der Jugendlichen einzugehen.

Im Uebrigen geht der Stadtrat davon aus, dass die Interessen der Kinder und Jugendlichen von Eltern und speziell auch von Lehrpersonen überall dort vertreten und wahrgenommen werden, wo die rechtlichen Grundlagen für ein Mitwirken der Unmündigen fehlen.

Frage 3:

Ist der Stadtrat bereit, solche neue Partizipationsmodelle einzuführen?

Aus der Fragestellung wird nicht ganz klar, auf welche Partizipationsmodelle sich der Interpellant bezieht. Der Stadtrat vertritt die Ansicht, dass im relevanten Bereich der Schule bereits vielfältige Partizipationsmöglichkeiten geboten werden. Diese werden im Rahmen der Einführung geleiteter Schulen wohl noch erweitert werden können.

Im Weiteren könnte sich der Stadtrat vorstellen, in altersgerechten Bereichen zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen. Die Stadt Solothurn zum Beispiel hat eine Kinderdelegation dazu eingeladen, mit Exekutivvertretern über Wünsche unserer zukünftigen Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Stadtgestaltung zu sprechen. Dabei wurden kindergerechte Vorschläge geprüft und zum Teil auch realisiert, so zum Beispiel die kindergerechte Beschriftung städtischer Sehenswürdigkeiten mit neuen, einfacher verständlichen Erklärungen.

Frage 4:

In diesem Zusammenhang stellt sich auch wieder einmal die Frage, wann der Stadtrat endlich das Jugendleitbild der Stadt Schaffhausen vorlegen wird.

Der Schulreferent legte den Entwurf des überarbeiteten Jugendleitbildes dem Stadtrat anlässlich der Sitzung vom 7. Januar 2003 vor und wurde beauftragt, die grafische Gestaltung zu veranlassen und gleichzeitig eine Priorisierung der von der Arbeitsgruppe gemachten Vorschläge vorzunehmen. Die diesbezüglichen Arbeiten wurden per Ende April abgeschlossen. Mit heutigem Datum (20. Mai 2003) - es mag ein Zufall sein - traf der Gestaltungsvorschlag des Grafikers ein, der dem Stadtrat zusammen mit der priorisierten Massnahmenliste noch einmal vorgelegt wird, ehe das Leitbild gedruckt und den interessierten Kreisen verteilt wird.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Diskussion nicht gewünscht wird.

Peter Neukomm (SP) Schlusswort des Interpellanten

"Wenn ich der einzige bin, der hier noch etwas sagen will, dann sage ich gerne noch etwas. Ich nehme zur Kenntnis, dass der SR doch immerhin eingesehen hat, dass hier die Schweiz keine Vorbehalte auf Diskussion gemacht hat, wo es bei der Kinderrechtskonvention um die Partizipation von Jugendlichen geht. Da gibt es keine völkerrechtlichen Vorbehalte. Falls der SR es nicht gesehen hat und noch ein Informationsdefizit hat bei den Möglichkeiten, die eben auch ausserhalb unserer Stadtgrenzen geboten werden, da empfehle ich ihm, sich zu öffnen. Man muss nicht gleich in den Norden gehen - in Nordeuropa ist man in dieser Beziehung sehr fortschrittlich, sei das Dänemark, sei das Skandinavien. Aber auch in Deutschland gibt es sehr gute Modelle, die funktionieren. Ich habe die Städte genannt in der Schweiz, die sich engagieren in diesem Bereich. Vielleicht müsste man auch einmal von der Exekutive aus den Kontakt zu diesen Städten suchen.

Sicher gut sind die aufgezählten Aktionen, welche die Stadt schon gemacht hat im Bereich Verkehrsbetriebe, Unterführungen, Tagesschule. Das finde ich sehr gut. Das ist ein Anfang und begrüssenswert. Aber ich bin zusammen mit meinen Mitinterpellanten der Meinung, dass das nicht genügt. Ich vermisse etwas die Bereitschaft beim Stadtrat, von sich aus etwas zu machen. Wir sind zwar schon bereit, auf Initiativen von Jugendlichen und Kindern einzugehen, aber kein offensives Bekenntnis, selbst etwas in dieser Hinsicht zu machen.

Ich finde den Schulbereich sehr vorbildlich - auch in Schaffhausen. Da muss ich dem Schul- und Heimreferenten recht geben. Ich finde das auch wichtig, dass da diese Partizipationsmöglichkeiten geschaffen wurden. Das war noch anders, als ich zur Schule ging. Da hat sich doch einiges bewegt. Aber es ist eben nicht richtig, wenn sich die Politik hier so zu sehen aus der Verantwortung begibt und sagt, wir haben ja in der Schule die Möglichkeit, das genügt. Das darf nicht als Alibi herhalten. SR Hunziker hat ein Beispiel aus Solothurn aufgezählt. Wie gesagt, es gibt noch mehrere. Sie können ja dann noch einmal meine Begründung im Protokoll lesen. Ich denke, dass es sicher Anregungen gäbe und ich hoffe, dass sich der SR in diese Richtung auch etwas offensiv bewegt.

Ich möchte noch einen Hinweis für den SR platzieren. Am 14. November 2003 findet im Graf Zeppelinhaus in Friedrichshafen der erste internationale Bodensee-Jugend-Gipfel statt, eine Plattform, wo Anliegen der Jugendlichen an die Regionalpolitiker vom Bodensee vorgebracht werden. Ich hoffe, dass der SR dort vertreten sein wird und sich vielleicht inspirieren lässt für Anstrengungen, die in die Richtung der Interpellanten gehen."

SR Urs Hunziker

"Erlauben Sie mir eine kurze Schlussbemerkung bezüglich Jugendpolitik. Sie wissen, dass wir seit einiger Zeit eine Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein "Jugendarbeit Schaffhausen" haben. Wir werden diese Leistungsvereinbarung demnächst überprüfen. Diese Leistungsvereinbarung haben wir zusammen mit dem Kanton erstellt und unterzeichnet. Leider ist uns das im Bereich Jugendarbeit bisher nicht gelungen. Ich sehe, dass wir uns hier auf eigenen Füßen bewegen werden."

Iren Eichenberger (OeBS) äussert sich zum Verfahren. "Mir ging es schlicht zu schnell um zu reagieren und Diskussion zu beantragen. Ich bedaure sehr, dass beiderseits so viel Arbeit geleistet wurde und man nicht diskutieren konnte.

Ich finde es eben auch unhöflich, wenn wir quasi schon die Hand hoch strecken sollen und Diskussion beantragen wollen, bevor wir überhaupt zugehört haben, was uns der SR zu sagen hat. Diese Möglichkeit wollen wir zuerst wahrnehmen. Wenn wir dann noch etwas sagen oder hören wollen, dann können wir Diskussion beantragen. Daher wäre ich froh, wenn wir künftig etwas mehr Spielraum hätten."

Der **Ratspräsident** rechtfertigt sein Vorgehen durch den Umstand, dass er nach der Antwort des SR in die Runde geschaut und sich niemand zu Wort gemeldet hat.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle bricht der **Ratspräsident** die heutigen Beratungen ab

MITTEILUNGEN

Verhandlungsbereit ist folgendes Geschäft gemeldet worden:

VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut"

Es wird an der nächsten Ratssitzung behandelt.

An dieser Stelle schliesst der Präsident die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 3. Juni 2003, 17.00 Uhr